Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188 Sonntag, den 13. August 1905. 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Deutschtum.

In Gnesen hat Wilhelm II. eine seltsame Rede gehalten. Dieselbe bezweckt in erster Linie, das vom Zentrum in seinem Kampf gegen den Hakatismus klug bevorzugte Argument zu zerstören, daß die Germanisierung in der Provinz Posen zugleich Protestantisierung wäre. Wilhelm II. verwandte die stärksten Mittel, um diese Behauptung zu widerlegen. Wir müssen bekennen, daß ihm der Nachweis, wie sehr jener Verdacht unbegründet ist, auch gelungen ist. Freilich ist es sonderbar, daß es solchen Nachweises überhaupt bedurfte; denn kein Mensch zweifelt daran, daß niemand in unserer Regierung daran denkt, der katholischen Kirche zu Leibe zu rücken, die sich ja gerade in der Maske scheinbarer Unabhängigkeit oder gar gelegentlicher Opposition als die zuverlässigste Stütze der heutigen Reaktion bewährt. Der Kaiser appelliert sogar mit dem verpfändeten Worte des seligen Papstes; er erzählte:

„Es hat aber den Anschein, als ob manche meiner polnischen Untertanen immer noch nicht im klaren darüber sind, ob sie Schutz und Recht unter dem Hohenzollernbanner finden, und eine leicht angeregte Phantasie mit der Pflege geschichtlicher Erinnerungen kann manches begeisterte Gemüt zu falschen Schlüssen führen. Wie damals, so auch heute möchte ich wiederholen, daß ein jeder katholische Pole wisse, daß seine Religion geehrt wird von mir, und daß er bei der Ausübung derselben in keiner Weise gestört werden wird, daß er aber Ehrfurcht und Achtung vor anderen Konfessionen zu bewahren hat, ebenso wie wir vor der seinen.“

Dann fuhr der Kaiser fort:

„Für jeden, sei er polnisch oder deutsch, der aber katholisch ist, möchte ich noch eines erwähnen: Als bei meinem letzten Besuch im Vatikan der greise Leo XIII. von mir Abschied nahm, da faßte er mich mit beiden Händen und — trotzdem ich Protestant bin — gab er mir seinen Segen mit folgendem Versprechen: Ich gelobe und verspreche Euerer Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, sämtlicher Stämme und jedes Standes, daß sie stets treue Untertanen des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen sein werden. An Ihnen, meine Herren vom Kapitel, wird es sein, das hohe Wort des großen priesterlichen Greises zur Wirklichkeit zu machen, auf daß derselbe nicht dereinst nach seinem Tode wortbrüchig werde dem Deutschen Kaiser gegenüber.“

Mit dieser Erinnerung bekräftigt Wilhelm II. Anschauungen über die Rolle des Papstes in der Welt, wie sie bisher selbst der radikalste Ultramontanismus nicht erhoben hat. Der Kaiser schreibt dem Papst eine so absolute Herrschaft über die Katholiken aller Länder zu, daß er ihm sogar das Recht einräumt, über die politischen und nationalen Gesinnungen der Staatsbürger selbstherrlich zu verfügen; ja, seine persönliche Meinung über die politische, nationale und soziale Stellung soll derart maßgeblich sein, daß sie sogar nach seinem Tode den Wert eines unverbrüchlichen Zwangsgebots haben soll. Des seligen Papstes Privatmeinungen über politische Fragen Deutschlands soll sogar dann noch für die Katholiken bindend sein, wenn längst etwa ein polnisch begeisterter Papst im Vatikan haust.

In Wirklichkeit hat die deutsche Staatsgewalt bisher den stärksten Widerspruch erhoben und den heftigsten Kampf geführt gegen solche Rolle des Papstes und sie konnte nicht anders handeln. Man denke nur, Papst Leo hätte etwa dem französischen Präsidenten das Wort gegeben, daß die deutschen Katholiken immer zum katholischen Frankreich halten würden, wer möchte es wagen, einem deutschen Katholiken zu raten, dieses Papstwort für alle Zeit als bindendes Versprechen einzulösen!

Es wäre in Wahrheit die Auflösung aller nationalen Selbständigkeit, schreibt der „Vorwärts“, wenn die Katholiken aller Länder sich gebunden fühlten, auch in weltlichen Fragen dem „Worte“ des Papstes zu folgen. Die deutschen Katholiken besonders haben aus einem wichtigen Anlasse ausdrücklich diesen Einfluß des Papstes durch Wort und Tat bestritten. Man weiß, daß 1887, beim Kampfe um das Septennat, Leo XIII. in die Zentrumspolitik eingriff und die Partei aus kirchenpolitischen Rücksichten für die Militärvorlage gewinnen wollte. Als Bismarck zuerst im Abgeordnetenhause diese Meinungsäußerung andeutete, erklärte die „Germania“ schroff: „Die veralteten und so oft schon gebrauchten Mittelchen, in dieser politischen und finanziellen Frage uns mit dem Papste zu drohen, lassen uns vollständig kalt.“ Und als die Andeutung sich denn doch als Tatsache herausstellte, stellte sich das Zentrum einmütig auf den Standpunkt, daß die Politik unabhängig sei vom Papste. Windthorst bewies gerade aus der Kundgebung des Papstes (auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums), daß der Papst den sehr wichtigen Grundsatz ausgesprochen habe, „daß in Fragen weltlicher Natur die Zentrumsfraktion wie jeder Katholik völlig frei und nach ihrer Ueberzeugung urteilen und stimmen kann, und daß der hl. Vater in diese weltlichen Dinge sich nicht mische.“

Der deutsche Kaiser äußert jetzt so sehr die entgegengesetzte Auffassung, daß er sogar dem Papste die Macht zuschreibt, die polnischen Katholiken zur deutschen Polenpolitik zu zwingen. Es scheint uns, daß — diesen kaiserlichen Appell konsequent durchdacht — damit der Papst mit einer Art Uebersouveränetät auch über die weltlichen, ja selbst über protestantische Souveräne ausgestattet wird. —

Und noch eine zweite Wendung in der Rede Wilhelm II. ist merkwürdig.

„Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden, in Religion sowohl wie in Gesinnung und Betätigung.“

So faßten allerdings unsere Klassiker das Wesen des Deutschtums auf. Damit aber wird zugleich von der bisherigen Regierungspolitik anerkannt, daß sie durchaus undeutsch, antinational gewesen ist. Denn sie unterdrückte auf allen Gebieten die Freiheit der Gesinnung und die Freiheit der Betätigung. Und vollends in der Provinz Posen, wo die Polen nicht einmal das unmittelbare Naturrecht ihrer Muttersprache, auch nicht das verfassungsmäßige Recht der Ansiedelung haben. Und wo hat das Proletariat, die Sozialdemokratie, die Wissenschaft die Freiheit der Gesinnung und Betätigung? Die Regierungspolitik, wie sie bisher war, kannte nur Polizei, Unterdrückung, Ausnahmerecht! Wenn die kaiserliche Definition des Deutschtums richtig ist, dann hatte die Regierung schon deshalb kein Recht andere zu germanisieren, weil sie erst selbst sich hätte germanisieren müssen. Soll das nun radikal anders werden? . . .

Politische Übersichten.

Deutschland.

Immer neue Zollforderungen „im Interesse der Landwirtschaft“ werden von den Agrariern erhoben. Jetzt verlangt die „Deutsche Agrarkorresp.“ einen Zollschutz für Milch und Rahm und macht dafür geltend: „Es ist bekannt, daß Dänemark beabsichtigt, einen umfassenden Export frischer Milch bis nach Berlin zu organisieren. Es liegt nahe, daß, wenn dieser Versuch glückt, die auf dem Wege hierher liegenden größeren Verbrauchsgebiete (Hamburg, Kiel usw) dann erst recht von Dänemark aus okkupiert werden. Eine weitere Absicht der dänischen Molkereien geht dahin, in Schleswig-Holstein große Anlagen zur Verarbeitung dänischen Rahmes zu errichten, um durch die Einführung des zollfrei gebliebenen Rahmes den deutschen Butterzoll zu umgehen. Wenn solche Verarbeitungsstellen dicht hinter der Grenze errichtet werden, dann kommen die Transportkosten für hochprozentigen Rahm kaum in Betracht. Wird hier also nicht nachträglich noch durch einen dem Butterzoll entsprechenden Rahmzoll ein Riegel vorgeschoben, dann steht die ärgste Beeinträchtigung zunächst der schleswig-holsteinischen Meierei, in weiterer Wirkung aber auch der ganzen deutschen Milchwirtschaft sicher zu befürchten. Eine dieser Gefahr begegnende Novelle zum Zolltarif ist aussichtsvoll, wenn das Zentrum sich ernstlich bestrebt, das von ihm verschuldete Versehen, wodurch im Jahre 1902 der Antrag Wangenheim auf Einstellung eines Milch- und Rahmzolles fiel, nun wieder gutzumachen. Wir raten der ländlichen Wählerschaft des Zentrums, die noch laufenden Parlamentsferien zu benutzen, um sich mit ihren Abgeordneten über diesen Punkt zu unterhalten.“ Das Agrarierorgan bedauert weiter, daß ein Milchzoll nicht auch gegen Rußland eingeführt werden könne, da die Zollverhältnisse diesem Lande gegenüber nun vertraglich festgelegt seien. Um so mehr müsse wenigstens gegen Dänemark und Holland die Grenze gesperrt werden. Nach der Argumentation der Agrarier erscheint es nachgerade so, als ob die ganze Produktion, zumal diejenige landwirtschaftlicher Erzeugnisse, überhaupt nicht mehr den Zweck habe, den Volksbedarf zu befriedigen, sondern nur den Zweck, in die Taschen der Produzenten recht viel Geld hineinzuleiten. Die Milch ist ein so wichtiges unentbehrliches Volksnahrungsmittel, daß deren fortgesetzte Verteuerung geradezu eine nationale Kalamität bedeutet. Jeder Verständige muß sich freuen, wenn durch die Zufuhr von außen der Konsum eine Steigerung erfährt. Die Agrarier aber schreien schleunigst nach einem Abwehrzoll, um der unerhörtesten Konsumentenschröpfung weiter frönen zu können.

Wo bleibt die Entrüstung? Als jüngst in der „Münchener Post“ in drastischer, aber zutreffender Weise beleuchtet worden war, in wie hohem Maße der moderne Soldat im modernen Kriege als Kanonenfutter dienen muß, da machte fast die gesamte bürgerliche Presse in Entrüstung über diesen Artikel. Man wollte daran wieder einmal nicht nur die „Verrohung des Tons“ der sozialdemokratischen Presse erkennen, sondern es wurde durch ein Raisonnement von Fälschungen und Verdrehungen auch noch eine frivole Herabsetzung und Beschimpfung des Soldatenstandes zurechtgedrechselt. Als dann dem Zeitungsgesichter bei seinem unsauberen Handwerk derb auf die Finger geklopft wurde, machte man in Entrüstung ruhig weiter. Wie bekannt, hatte es der Preßmeute speziell der Vergleich angetan, der mit dem Schicksal zur Schlachtbank geführter Soldaten und Schweinen gezogen wurde. Keine Spur von irgend welcher Beschimpfung der Soldaten enthielt jener Artikel, nur die tieftraurige Feststellung und damit Kennzeichnung des modernen Krieges, daß diese armen Menschen unter Umständen viel schlimmer dran sind als Schlachtschweine. Vor einigen Tagen hat nun vor dem Dresdener Militärgericht ein adliger Hauptmann, Freiherr v. Hodenberg, als Angeklagter gestanden und zwar deshalb, weil er ihm Untergebene, besonders einem Unteroffizier Lobe, wiederholt in seinen Anreden mit dem Schweine verglich, die Unteroffiziere zu Schweinen degradierte. In der Verhandlung wurde festgestellt: Mit den Worten „Dummes Schwein, ich reite Sie in Dreck!“ ritt der Hauptmann mit seinem Gaule auf den Unteroffizier zu, wandte aber das Tier noch im letzten Augenblicke, so daß Lobe nur von dem Hinterteile des Pferdes an die Brust getroffen und einige Schritte weit zurückgeschleudert wurde. Der Unteroffizier war über das Verhalten des Hauptmannes derart perplex geworden, daß er sich nicht von der Stelle zu rühren vermocht hatte. Zuvor hatte ihn der Hauptmann ein verdammtes Schwein und einen verdammten Lümmel genannt. Kurze Zeit darauf, als Lobe nicht auf Vordermann stand, ging die Schimpferei von neuem los. „Ihr verdammten Schweine, ihr kommt schon mal und wollt was von mir haben!“ Der Hauptmann kam, beiläufig gesagt, sehr glimpflich davon. 24 Tage Stubenarrest war die ganze „Strafe“. Unter anderen Gerichtsberichten vergraben, still und unauffällig — es war ja ein Freiherr — bot die bürgerliche Presse mehr oder weniger über diesen Prozeß berichtet. Und still und manierlich hat sie sich auch sonst dazu verhalten. Kein Wort der Kritik hat man gefunden in den Spalten der bürgerlichen Presse! Kein Wort der Entrüstung über den Herrn Hauptmann, der in den Unteroffizieren Schweine sucht. Nicht den leisesten Tadel!

Zwei Friedensdemonstrationen. Auf der Reede von Portsmouth liegen die französischen Kriegsschiffe. Die englische Bourgeoisie eilt von London und sonstwoher in Extrazügen zum Strande, und der verlogene Jubel der bürgerlichen Presse über den wieder einmal gerettete Weltfrieden will kein Ende nehmen. Das „herzliche Einvernehmen“ zwischen den beiden Militärmächten bezwecke nichts anderes, so heißt es, als den Frieden Europas zu sichern. Daß es eine Handvoll völkerverhetzender Jingos und Chauvinisten ist, die diese „Friedensdemonstration“ zustande gebracht hat, wird dabei sorgfältig verschwiegen. Und wie zum Hohn auf die friedentriefenden Tiraden von Portsmouth liegt mitten zwischen den modernen französischen Kriegsschiffen der alte, hölzerne Dreidecker Victory, der bei Trafalgar mit dabei war, als vor jetzt genau hundert Jahren Nelson die französische Flotte vernichtete. Das ist eine kapitalistische Friedensdemonstration, wie sie im Buche steht, mit all ihren Selbstverhöhnungen und ihrer inneren Verlogenheit. In Lüttich fand zur selben Zeit auch eine Demonstration für den Frieden statt. Der internationale Bergarbeiterkongreß widmete seinem dritten Verhandlungstag der Erörterung des Themas: Krieg und Frieden, und die Tagung wurde zu einer stürmischen, von spontaner Gewalt getragenen Friedenskundgebung. Bergarbeiter aller Länder waren es, Belgier, Franzosen, Deutsche, Engländer, Amerikaner, die sich in dem Rufe vereinigten: Krieg dem Krieg! Die englische Delegation war es, die diese Frage auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt hatte, und Genosse Hué konnte im Verlaufe der Diskussion mit Recht darauf hinweisen, daß diese Initiative der englischen Bergarbeiter ganz besonders freudig vom internationalen Proletariat begrüßt werden würde, da man in England mit mehr oder weniger Recht den internationalen Friedensstörer erblickte. Der Mann, den die englischen Bergarbeiter als Referenten vorschickten, schreibt die „Leipz. Volksztg.“, ist kein beliebiger Nobody. Er steht seit 40 Jahren im öffentlichen Leben Englands, gehört seit 34 Jahren dem Parlament an und war unter dem liberalen Ministerium Gladstone auch einmal Unterstaatssekretär. Schon daraus geht hervor, daß Burt keineswegs Sozialist ist, und die Begründung, mit der er den internationalen Ruf nach Völkerfrieden in die Welt sandte, schmeckte zuweilen mehr nach den Ideologien bürgerlicher Friedensfreunde. Aber das verschlug wenig und wurde auch von andern Teilnehmern an der Manifestation, so vor allem von dem amerikanischen Delegierten Perry wieder ins richtige Geleise gebracht. Durchschlagend aber für die Bedeutung der Kundgebung war das herzliche und wahrhaft brüderliche Verhältnis, das in allen Reden zum Ausdruck kam. Das ist die Weltpolitik der Arbeiterklasse, die im Gegensatz zu der Welt-

politik der Bourgeoisie aufrichtig friedfertig und völkerverbrüdernd ist, eben weil das Proletariat von einem Kriege nichts anderes zu erwarten hat, als erhöhten Druck und vermehrtes Elend. Und diese proletarische Weltpolitik wird siegen, mag auch die bürgerliche Presse noch so sehr sich in ohnmächtigen und abgeschmackten Witzchen über den „Größenwahn“ der Arbeiterklasse zu belustigen versuchen. Die Arbeiterklasse hat ihrem Willen Ausdruck verliehen und sie hat auch die Mittel, ihm, wenn nötig, Nachdruck zu verleihen. Das können sich die bürgerlichen Spaßmacher gesagt sein lassen!

Die Fleischnotkonferenz-Komödie. Im Landwirtschaftsministerium in Berlin fand eine Konferenz der Vorsitzenden und der Generalsekretäre der Landwirtschaftskammern wegen der Fleischnot statt. Minister Podbielski legte den Zweck der Konferenz dar und gab statistische Unterlagen. Die Präsidenten der einzelnen Kammern erstatteten Bericht und kamen zu dem Ergebnis, eine Fleischnot existiere nicht. Es schloß sich ein Essen an, bei dem der Minister eine Rede über Fleischnot und Viehpreise hielt. — Eine Fleischnot existiert nicht — für die Leute mit dem großen Geldbeutel. Und die Arbeiter können Vegetarier werden!

Die Fleischnot nimmt auch in Bayern immer unheimlichere Dimensionen an. Aus allen größeren Städten kommen Nachrichten, daß meist nicht einmal die Hälfte des gewöhnlichen Bedarfs an Schweinen geschlachtet werden kann. In Nürnberg haben die Metzgermeister vom Mittwoch ab den Preis für das Schweinefleisch von 80 auf 90 Pfg. pro Pfund erhöht, aus anderen Orten werden ähnliche Preissteigerungen gemeldet. Die arbeitende Bevölkerung wird dadurch schwer getroffen und wird bald ganz auf Fleischnahrung verzichten müssen. Der Konsum von Pferdefleisch steigt rapid, in manchen Orten hat sich bereits der Verbrauch von Hundefleisch eingebürgert, der sonst in Bayern gänzlich unbekannt war. Die Regierung steht der allgemeinen Notlage vollkommen gleichgültig gegenüber und weigert sich nach wie vor hartnäckig, die Grenze für ausländische Schlachtschweine, sei es auch nur für ein bestimmtes Quantum, zu öffnen. Die Agrarier schwingen die Peitsche und diktieren die Preise.

Ein spekulativer Tabakgroßhändler am Rhein äußert sich in der „Kreuzzeitung“ zur Tabaksteuerfrage. Er möchte dem inländischen Tabakbau aufhelfen und macht dafür folgendes geltend: „Die Millionen, die jährlich nach Amerika, Holland usw. für zum Teil recht minderwertige Tabake gehen, könnten bei einem richtigen Verhältnis zwischen Tabakzoll und Tabaksteuer zum Teil im Inlande bleiben. In Norddeutschland, hauptsächlich in Westphalen hat man sich fast vollständig vom inländischen Tabak zur Verwendung in der Zigarren- und Rauchtabakfabrikation abgewendet und dafür Ersatz in billigen überseeischen Tabaken gefunden. In Duisburg ist eine große Fabrik, die jährlich viele Tausende Zentner Tabak fabriziert, aber auch nicht ein Pfund inländischen Tabak verwendet. Bei Offerten in inländischen Tabaken wird man von diesen Leuten abgewiesen mit dem Bemerken: „Inländischen Tabak verwenden wir nicht!“ Aber den inländischen Konsumenten verkaufen sie ihre Ware, und ich habe von ihnen noch nicht gehört: „Inländisches Geld nehmen wir nicht!“ Es liegt aber klar, weshalb diese Fabrikanten keinen inländischen Tabak kaufen. — Die Worte „Rein überseeisch“ haben bei dem deutschen Raucher einen besonderen Reiz, ob mit Recht, muß bestritten werden, da eine rein überseeische 5 Pfg.-Zigarre gewöhnlich nicht so gut schmeckt wie eine solche, zu der teilweise inländischer Tabak verwendet wird. Die Fabrikanten in Köln, an der Saar, in Luxemburg verarbeiten noch inländischen Tabak und reüssieren gut. In Luxemburg wendet man sich in letzter Zeit mehr und mehr auch dem überseeischen Tabak zu und wohl auch nur aus dem Grunde, weil sich ausländische Ware nicht viel teurer stellt als inländische, und diese eventuellen Mehrkosten durch Mehrverwendung von billigen Rippen ausgeglichen werden. Bei der Zigarrenfabrikation liegt die Sache für den inländischen Tabak noch ungünstiger. Zigarren werden nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Volumen verkauft. Der ausländische Tabak ist vielfach leichter Qualität und gibt daher der Zentner mehr Zigarren als der etwas schwerere inländische Tabak. Das aber die Zigarren, die aus dem geringen Java, Domingo usw. hergestellt werden, besser als solche aus guten inländischen Tabaken sind, wird wohl niemand behaupten können. Von einer mäßigen Erhöhung des Tabakzolles werden sich die Arbeitsverhältnisse nicht viel ändern, dagegen wird der inländische Produzent seine Ware wieder eher zur Geltung bringen.“ Es läßt sich nicht kontrollieren, wie weit der Mann selbst ein Geschäftsinteresse an der Produktion des deutschen Tabaks hat. Jedenfalls ist es aber ein Irrtum, wenn er meint, eine Erhöhung des Tabakszolles werde dem Konsum inländischen Tabaks wesentlich zu gute kommen. Die Folge wäre nur eine Schmälerung des Konsums und damit eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse für das Tabakgewerbe. Die Erfahrungen vom Anfang der achtziger Jahre sind ein warnendes Beispiel.

Der Deutsche Gewerbe- und Handwerks-Kammertag faßte noch folgenden Beschluß: Der Kammertag wolle im Anschluß an die Beschlußfassung über den von der Gewerbekammer-Hamburg vorgelegten Gesetzentwurf betreffs Bevorrechtung des Meistertitels zum Ausdruck bringen, daß er an dem auf dem Handwerks-Kammertage Lübeck angenommenen Gesetzentwurfe, betreffend den Schutz des Gesellentitels und der obligatorischen Gesellenprüfung, festhält und seine baldige Gesetzwerdung wünscht. Ferner beschäftigt sich der Kammertag mit dem Ausbau der freiwilligen Invaliditätsversicherung für selbständige Handwerker, dem Konsumvereinswesen und anderem. Hierauf wurde der Kammertag geschlossen.

Zentrum und Koalitionsrecht. Kürzlich schrieb die „Kölnische Volkszeitung“, das führende Organ des rheinischen Zentrums, daß man allerdings nicht dulden dürfe, daß die Landarbeiter etwa gerade während der Erntezeit streikten. Geschähe es, so müsse das Militär zur Streikarbeit herangezogen werden. Auf einen ähnlichen Standpunkt hat sich Landrichter Dr. Marx-Elberfeld gestellt, der in seinem Landtagswahlkreise, in Osterrath bei Krefeld, von seinen Wählern über seine Stellung zum Koalitionsrecht interpelliert wurde. Der Abgeordnete erklärte, daß diese Frage zu den schwierigsten gehöre, womit die Gesetzgebung sich in Zukunft zu beschäftigen habe. Das Recht des Zusammenschlusses konne man den Landarbeitern theoretisch nicht bestreiten; andererseits sei es selbstverständlich, daß man das Koalitionsrecht der Fabrikarbeiter nicht in seinem ganzen Umfange auf die ländlichen Arbeiter übertragen könne; denn die Verhältnisse eines Fabrikbesitzers seien grundverschieden von denen eines Landwirts. Würde das volle Koalitionsrecht den Landarbeitern erteilt, so könne z. B. zur Zeit der Ernte ein Streik nicht allein den Landwirt ruinieren, sondern auch für den Staat und die Allgemeinheit die schlimmsten Folgen haben. Es sei nun die Aufgabe der Gesetzgebung, durch gründliche Ueberlegung das Koalitionsrecht in diesem besonderen Falle so zu gestalten, daß es sowohl den Arbeitern ihr Recht auf Zusammenschluß einräume, andererseits aber solche Klauseln enthalte, daß es nie zur Ungerechtigkeit werde für die ländlichen Arbeitgeber. Eine ähnliche Schwierigkeit, meinte der Landgerichtsrat, bilde das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Auch diesen Arbeitern und Beamten komme „theoretisch“ das Koalitionsrecht zu; aber auch hier verlange die Allgemeinheit gebieterisch besondere Bestimmungen und „Verklausulierungen“. Zum Schluß erklärte Marx, die Regelung dieser Materie werde noch manche Jahre in Anspruch nehmen. Die Agrarier haben demnach vor dem Zentrum Ruh. Es wird den Landarbeitern das Koalitionsrecht noch lange nicht bewilligen, und wenn es sich dazu versteht, wird das Koalitionsrecht so ausfallen, daß es den Landarbeitern nichts nützt und den Agrariern nicht wehe tut.

Ueber die Truppennachschübe für Südwestafrika wird der „Rh.-Westf. Ztg.“ geschrieben:

„Zur Ergänzung und Verstärkung der Schutztruppe sollen folgende Transporte am 17. August auf dem Truppenübungsplatz Münster zusammentreten: 16. und 17. Transportkompagnie, die ausschließlich Ergänzungsmannschaften für die Feldregimenter in sich aufnehmen. Die Zusammensetzung dieser Mannschaften nach Waffengattungen wird etwa zu zwei Dritteln aus Infanteristen, zu einem Drittel aus Kavalleristen erfolgen. Außerdem werden diesem Transport noch 500 Pferde beigegeben, die zur Auffüllung der Bestände der Feldregimenter bestimmt sind. Der Transport tritt am 31. August mit dem Dampfer „Eduard Woermann“ von Hamburg aus die Ausreise an. Sein Ziel ist Swakopmund. Der zweite Transport, die 18. und 19. Transportkompagnie, benutzt den Dampfer „Alexandra Woermann“ zur Ausreise. Abreisezeit und Reiseziel sind die gleichen wie beim ersten Transport. Die Verteilung der Mannschaften auf die 17. und 18 Transportkompagnie wird in der Weise erfolgen, daß die 17. Transportkompagnie die für die Maschinengewehr- und Feldartillerie-Abteilungen, die 18. Transportkompagnie dagegen diejenigen für die Eisenbahnbaukompagnie, für die Feld- und Funkentelegraphen-Abteilungen bestimmten Mannschaften in sich aufnimmt. Im ganzen gelangen zur Aussendung: 42 Offiziere, 12 Sanitätsoffiziere, 10 Veterinäre, 6 Feldlazarett-Rendanten, 645 Mann, 30 Krankenpfleger und zwei Zahlmeisteraspiranten, also zusammen mit 44 Mann Begleitpersonal 791 Mann und 500 Pferde. — Daß diesem Transport später noch weitere Verstärkungsmannschaften, insonderheit die allmonatlichen Ergänzungsmannschaften folgen werden, ist vorauszusehen. Inwieweit aber diese „Verstärkungen“ oder „Ergänzungen“ den üblichen Rahmen überschreiten werden, steht zurzeit noch nicht fest und wird wohl ganz vom eintretenden Bedarf und den entsprechenden Forderungen des Generals v. Trotha abhängen.“

Wie man sieht, verzichtet die „Rh.-Westf. Ztg.“ darauf, überhaupt noch einen Unterschied zwischen „Ergänzungen“ und „Verstärkungen“ zu machen! Das ist ja auch das bequemste. Demgegenüber muß aber immer wieder festgestellt werden, daß der Reichstag nur „Ergänzungen“ von 250 Mann für je 2 Monate bewilligt hat, daß also die 1200 Mann, die innerhalb des letzten Monats abgegangen sind resp. abgehen werden, höchstens zum kleinsten Teil „Ergänzungen“ darstellen, zum größten Teil dagegen Verstärkungen! Die Tatsache der gröblichsten Verletzung des Budgetrechtes ist also nicht zu leugnen. Unsere Kolonialschwärmer halten es aber auch, wie die „Rh.-Westf. Ztg.“ beweist, gar nicht mehr der Mühe wert, diese Tatsache zu bestreiten. Sie betrachten das Budgetrecht als eine gleichgültige Form, die von der Regierung nach Belieben mit Füßen getreten werden darf. Sie stellen mit aller Gelassenheit in Aussicht, daß auch künftig der „übliche Rahmen“ der Truppennachschübe ganz nach den Wünschen des Herrn v. Trotha überschritten werden würde! Und das ist der eigentliche Kern der ganzen Frage. Wollen es wirklich die bürgerlichen Parteien noch länger mitansehen, daß immer neue Truppen nach Südwestafrika geschickt werden, daß immer neue Hunderte von Millionen vergeudet werden, ohne daß man dem Reichstage Rechenschaft ablegt? Die bisherige schwächliche Haltung selbst des Zentrums und des Freisinns kann allerdings der Regierung nicht den nötigen Respekt abnötigen, den Reichstag zu einer sofortigen Tagung einzuberufen!

Was die südwestafrikanische Sandwüste an Deutschen verschlingt. Die deutschen Verluste in dem jetzt 19 Monate währenden Aufstande betragen bis zum 31. Juli 1905 an Toten 1122 Mann, an Verwundeten und Verunglückten 570 Mann, zusammen 1692 Mann. — Soviel Menschenblut für eine Streusandbüchse, die nur einer kleinen kapitalistischen Gruppe nutzt!

Opfer der Sandwüste. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Joseph Behrla, geb. zu Schönbrunn, früher beim Bekleidungsamt des 1. Armeekorps, am 7. August 1905 im Lazarett Swakopmund an Typhus gestorben. Reiter Richard Schuhmann, geb. zu Riesa, früher im königlich sächsischen 6. Infanterieregiment Nr. 105, am 23. Juli 1905 auf Viehposten bei Buellsport leicht verwundet, Fleischschuß linken Unterarm. Ein Telegramm aus Funchal (Madeira) meldet: Reiter Wilhelm Abel, geb. zu Werne, früher im Pionierbat. Nr. 8, am 9. Aug. 1905 im Hafen von Madeira an Lungenentzündung gestorben.

Der Afrikabummel deutscher Reichstagsabgeordneter. Wie wir bereits mitteilten, erfolgte am Mittwoch abend von Hamburg aus die Abreise der deutschen Reichstagsabgeordneten auf dem Dampfer „Eleonore Woermann“ nach Afrika. An Bord befinden sich die Reichstagsabgeordneten Freiherr v. Richthofen, v. Böhlendorff, Arendt, Hagemann, Gürler, Zeke, Semler, Goller und Storz. Außerdem macht der Eisenbahnbau-Unternehmer Geheimrat Lenz die Fahrt nach Togo und Kamerun mit. Vor der Abfahrt fand an Bord ein Festmahl statt, zu dem Herzog Johann Albrecht, Bürgermeister Burghard, Dr. Scharlach und viele in der Kolonialbewegung stehende Personen erschienen waren. Die Ansprachen des Herzogs Johann Albrecht, Adolf Woermanns, Richthofens und des Bürgermeisters Burghard, die der Erwartung Ausdruck gaben, daß die Reise der Reichstagsabgeordneten einen Wendepunkt in der deutschen Kolonialgeschichte bedeuten möge, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Wendepunkt in der deutschen Kolonialgeschichte . . . . . Wirkungen des Woermann-Champagners?

Aus unseren herrlichen Kolonien. Gouverneur Graf v. Götzen telegraphiert: Wie Major Johannes meldet, zerstreuen sich die Aufständischen. Nach seiner Angabe wird die Unruhe binnen kurzem beigelegt sein. Die Araber und sonstigen Eingeborenen sind gegen die aufständischen Feldbewohner und auf unserer Seite. Wie es scheint, ist die Veranlassung zu den Unruhen in Zauberei und in reichlichem Biergenuß infolge der guten Ernte zu suchen.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer Meldung des „Temps“ ist der französischen Regierung mitgeteilt worden, daß die von den Deutschen aus Anlaß der Missum-Missum-Angelegenheit gefangen genommenen Senegalesen freigelassen worden sind. — Die Handelsstraßen von der See nach der Stadt Marokko sind wegen allgemeinen Aufstandes gesperrt; mehrere Karawanen wurden geplündert. — Zwischen den Vertretern Englands und Italiens haben Besprechungen über die Ausübung der Oberhoheit von Somaliland, um die sich beide Regierungen bewerben, stattgefunden.

Norwegen.

Zur norwegischen Thronfolge meldet die „Frankf. Ztg.“ aus Stockholm: Die Meldung, daß es mit der dänischen Kandidatur ernst sei, erregt hier Verblüffung und eine neue Diskussion der norwegischen Thronfrage. Es ist ein Umschwung bemerkbar zu Gunsten der Kandidatur eines Prinzen aus dem Hause Bernadotte. In maßgebenden Kreisen hofft man, wenn Norwegen Kulanz bei den Verhandlungen zeigt, noch Ende August die offizielle Lösung der Union aussprechen, einem neuen außerordentlichen Reichstag die Thronfolge vorlegen und eventuell die Zustimmung zur Thronbesteigung Karls von Schweden erhalten zu können. Das Haus Bernadotte will es also doch noch mit den „abtrünnigen“ Norwegern versuchen; der gekränkte Stolz hat danach nicht lange vorgehalten.

Rußland.

Die Verfassung. Man rechnet nunmehr damit, daß die Proklamation der Bulyginschen Verfassung am 12 August erfolgen wird. Vielleicht ist der große Moment schon vorüber, wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen. Wie die „Konstitution“ aussehen wird, ist zur Stunde nicht bekannt, schreibt die „Russische Korrespondenz“, soviel aber wissen wir, daß bis in die letzten Tagen hinein in dem durch Hinzuziehung verschiedener reaktionärer Reichsratsmitglieder verstärkten Ministerrat, der seine Sitzungen in Peterhof abhielt, starke Meinungsverschiedenheiten darüber obwalteten, wie nun das Stück Papier aussehen solle, das man der Not gehorchend zwischen den Zaren und das russische Volk schieben will. Es gab, wie uns mitgeteilt wird, im wesentlichen drei Gruppen. Um bei der weitaus schwächsten anzufangen, so redeten eine Anzahl von Würdenträgern einer wirklichen, ernstzunehmenden Verfassung das Wort. Eine bedeutend stärkere Partei, an deren Spitze Tanejeff, der Minister der kaiserlichen Kanzlei, Budberg, der Vorsitzende der Pensionskanzlei, Lobko, der Leiter der Reichskontrolle und Stichinski der ehemalige Ministergehilfe Plehwes standen, unterstützten ein Projekt, das darauf hinauslief, daß ein Semski Sobor — eine Ständeversammlung — alle fünf Jahre einmal zusammentreten solle. Die laufenden Geschäfte sollten einer Kommission überlassen werden. Diese Lösung des Problems gefiel Nikolaus II. ausnehmend, aber die stärkste Gruppe der Versammlung stand doch auf dem Boden des „verbesserten“ Bulygin'schen Projektes, und man darf fast annehmen, daß es ihr gelungen ist, den Zar auf ihre Seite zu ziehen. Nicht etwa, als ob er nun von der Vortrefflichkeit und der Notwendigkeit gerade dieses Weges überzeugt sei, aber er wird die Verantwortung der Majorität überlassen wollen. Wie wenig ihm im Grunde die gewaltige Bedeutung der Verfassungsfrage klar geworden ist, beweist eine Anekdote, für deren Wahrheit sich einer unserer Gewährsmänner, dessen Zuverlässigkeit außer Frage steht, verbürgt. Bulygin hatte dem Zaren sein Projekt überreicht. Lange Zeit hörte er nichts mehr davon. Als er nach einigen Wochen bei Nikolaus zum Vortrag war, bemerkte dieser so nebenher: „Man sagt, ihr Projekt enthalte eine vollständige Konstitution.“ — „Ja, aber ich habe mir doch erlaubt, Euer Majestät den Entwurf zu überreichen.“ Nikolaus nach einigem Zögern: „Ach ja, ich erinnere mich.“ Das Schriftstück fand sich nach einigem Suchen an dem Platze, wo es der Zar am ersten Tage niedergelegt hatte.

Serbien.

Ein „Sieg“ der Regierung. Die Regierung siegte bei der Wahl des Skupschtinapräsidenten mit einer absoluten Mehrheit von 5 Stimmen. Der Gegenkandidat, der ehemalige Ministerpräsident Pasitsch, erhielt nur 45 Stimmen, während der Regierungskandidat 77 Stimmen auf sich vereinigte. Die erste Sitzung, die ziemlich erregt verlief, bewies, daß die Regierung zwar nur auf ihre eigenen Abgeordneten zu rechnen hat, daß aber auch die Opposition vollständig zerstückelt und unfähig ist, der Regierung Widerstand zu leisten. In dem neuen Kabinett übernimmt der bisherige Ministerpräsident Stojanowitsch das Kultusministerium. An Stelle des Ministers des Innern kommt der bisherige Handelsminister Pasitschewitsch. Zum Handelminister wird der Großindustrielle Draskowitsch ernannt. Er wird das

einzige Mitglied des Kabinetts sein. Minister des Aeußern bleibt Zyvolitsch.

Oesterreich-Ungarn.

Die Kossuthpartei und das allgemeine Wahlrecht. Franz Kossuth empfing am Nachmittage eine Deputation der christlich sozialen Partei, die an ihn betreffend den Standpunkt der Koalition wegen des allgemeinen Wahlrechtes eine Ansprache richtete. Kossuth betonte in seiner Antwort, daß die koalitionistische Partei weitgehende soziale Reformen im Interesse der Arbeiter eingeführt wünsche, und wiederholte bezüglich der Frage des allgemeinen Wahlrechtes im wesentlichen die im Beschluß des tagenden Ausschusses enthaltenen Erklärungen. Er fügte hinzu, daß die unabhängige Partei für das allgemeine Wahlrecht ist, „doch dürfe dies nur in solcher Weise verwirklicht werden, daß der nationale Charakter des ungarischen Staates nach keiner Richtung hin kompromittiert werde." — Diese letzte Bemerkung läßt darauf schließen, daß es den Leuten um Kossuth mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht ernst ist. Es geht in Ungarn eben wie überall im Bürgertum; nur die Sozialdemokratie meint es ernst mit ihren Prinzipien!

Spanien.

Die Hungersnot in Spanien. Aus Sevilla wird gemeldet: Der Notstand auf dem Lande wird immer größer; Tausende von Arbeitern leben aus Mangel an Brot nur vom Genuß von Wurzeln. In Utrera plünderten Hungernde die Bäckereien und andere Verkaufsläden für Eßwaren. In Bilbao warfen Bettler mit Steinen nach der Equipage des Bischofs, weil er ihnen kein Almosen gab. — Es gibt nirgends mehr goldstrotzende Kirchen, nirgends reichere Klöster, nirgends mehr wirtschaftlich unproduktive Mönche und Nonnen als in Spanien.

Die durch die Hungersnot hervorgerufene Lage wird immer schlimmer. Die Landarbeiter von vier Dörfern, 3000 an der Zahl, sterben Hungers und flehen die Regierung um Unterstützung an. Die erschöpften Gemeindekassen sind unfähig weiter zu helfen. Aus Kadiz wird gemeldet, es droht eine große Gärung in Trebujana, weil durch Unterbrechung des Landstraßenbaues hunderte von Leuten arbeitslos geworden sind. In Arcos wurden verschiedene Arbeiter leblos auf der Straße aufgelesen. Schlimmere Nachrichten kommen aus Osuna und Carmona. Die hungernden Arbeiter nehmen eine drohende Haltung an. Alle Läden sind geschlossen, 4000 Arbeiter behaupten die Umgegend. Die Läden wurden gestürmt und geplündert. Die Gendarmerie mußte die Gruppen durch Schießen auseinander treiben. — Statt Lebensmittel gab es also blaue Bohnen; so wird im Zeichen der „göttlichen Gesellschaftsordnung" der Hunger der Armen gestillt!

Rußland und Japan.

Ueber die Friedensbedingungen, welche Japan an Rußland stellt, dringen weitere Einzelheiten in die Oeffentlichkeit. Die Deckung der Kriegsunkosten, deren Festsetzung der Zukunft überlassen wird, und die Abtretung der Insel Sachalin sind die Hauptpunkte der japanischen Bedingungen. Das Wort Entschädigung (Indemnity) ist vermieden, dafür wurde Zurückzahlung (Reimbursement) gesetzt. Weitere Friedensbedingungen sind: Zession der russischen Pachtungen auf der Liaotung-Halbinsel, Räumung der gesamten Mandschurei, Rückzedierung aller russischen Vorrechte in der Mandschurei an China, Anerkennung der offenen Tür durch Rußland, Zession der chinesischen Ostbahn südlich von Charbin an Japan, während die Hauptlinie durch die nördliche Mandschurei bis Wladiwostok russisch bleiben soll, Anerkennung der japanischen Schutzherrschaft über Korea, Gewährung von Fischereigerechtsamen an Japan in den sibirischen Küstengewässern nördlich Wladiwostoks bis zum Beringsmeer, Uebergabe der internierten russischen Kriegsschiffe an Japan und Beschränkung der russischen Seestreitkräfte im fernen Osten.

Die Friedensaussichten. Die „Russische Korrespondenz" erhält aus Newyork nachstehendes Telegramm: Vertraulich wurde den Redaktionen der hervorragenden Tageszeitungen die Ansicht übermittelt, daß die Friedenskonferenz zu einem Erfolge nicht führen werde. Wäre dem so, so ist nicht daran zu zweifeln, daß Präsident Roosevelt durch seine Intervention den Versuch machen wird, die Situation wiederum zu retten. Sollte es sich um kleinere Gegensätze handeln, so wird er vermitteln; sollte die eine oder die andere Seite einen Standpunkt einnehmen, die das Verhandeln unmöglich macht, so wird Roosevelt keinen Zweifel darüber lassen, daß er seinen Einfluß aufbieten wird, damit dem intransigenten Teil die Sympathie der zivilisierten Welt und als weitere Folge soweit möglich jede weitere finanzielle Unterstützung entzogen werde. Mächtige amerikanische Finanzkräfte stehen zu diesem Plane und sind bereit, auch ihre europäischen Verbindungen in gleichem Sinne zu beeinflussen.

Der Feldzug auf Sachalin. Aus Tokio wird gemeldet: 118 russische Offiziere und Mannschaften ergaben sich am 8. August in Nioro, Sachalin. Admiral Kataoka meldet: Am 10. August griffen die Japaner auf Sachalin gleichzeitig zu Wasser und zu Lande eine russische Stellung, 20 Meilen östlich von Korsakowsk, an. Nach zweistündiger Beschießung ergaben sich die Russen in Stärke von 123 Mann.

Japan versucht das eben eroberte Sachalin-Gebiet bereits wirtschaftlich für sich nutzbar zu machen. Die „Times" melden aus Tokio: Die japanische Regierung erläßt eine Bekanntmachung, in der sie zur Einreichung von Angeboten für die Erteilung von Fischereikonzessionen für das Sachalin-Gebiet für die das Jahr 1906 umschließende Periode auffordert, und kündigt somit indirekt an, daß die dauernde Besitzergreifung Sachalins beabsichtigt ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 12. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Gewerkschaftsfestkarten. Die Kassierer sind am Montag, Dienstag und Mittwoch abends von 8 Uhr an im Vereinshaus anwesend. Die Bevollmächtigten der Gewerkschaften, sowie Genossen, welche den Kartenvertrieb hatten, werden gebeten, soweit es noch nicht geschehen, an obigen Tagen gefälligst zur Ablieferung zu erscheinen.

Die zweijährige Dienstzeit scheint — im Gegensatz zu der Ansicht des ehemaligen hiesigen Brigade-Kommandeurs — immer noch viel zu lang zu sein. So wird uns berichtet, daß eine ganze Anzahl 162er in den umliegenden Dörfern **als Erntearbeiter tätig** ist, und zwar gegen einen Tagelohn von 2 Mk. und weniger. Der Grund, welcher dafür vielleicht angegeben werden könnte, daß es an Erntearbeitern mangelt, erscheint uns nicht stichhaltig. Wenn die Bauern anständige Löhne zahlen, bekommen sie auch Erntearbeiter. Im übrigen meinen wir, man soll die zweijährige Dienstzeit verkürzen, wenn sie zu lang ist; dadurch wäre dann ja auch den Landleuten geholfen.

Der Ausschluß des Maurermeisters F. G. H. Zahn aus der „Innung Bauhütte" erscheint in immer seltsamerem Lichte, wenn man liest, daß der Ausschluß auf Grund des § 12 Absatz 5 des Innungsstatuts vorgenommen ist. Dieser Passus besagt: „Ein Innungsmeister kann durch Beschluß der Innung ausgeschlossen werden, wenn er sich einer unehrenhaften Handlung schuldig gemacht oder sich einem lasterhaften Lebenswandel ergeben hat und bei den Innungsgenossen in schlechten Ruf geraten ist." Nun wird uns mitgeteilt, daß Zahn sen., der Mitglied der Innung war, gar nicht das furchtbare Verbrechen begangen hat, die Gesellenforderungen zu bewilligen, sondern daß dessen Sohn der eigentlich Schuldige ist. Da dieser jedoch nicht der Innung angehört, so rächte man sich dadurch, daß man den Vater ausschloß. Gewiß eine ebenso noble wie bezeichnende Handlungsweise. Oder sollten andere Gründe, z. B. wie es schön heißt, lasterhafter Lebenswandel, unehrenhafte Handlungsweise usw. der Grund des Ausschlusses sein? Dann läge es im dringenden Interesse des Ausgeschlossenen, daß er sich darüber Klarheit verschafft. Im übrigen wollen wir bemerken, daß nach den sonstigen Ansichten der Innungsmitglieder es doch unmöglich unehrenhaft sein kann, wenn jemand in einen Streik hindernd eingreift. Sonst würde sich die Innung „Bauhütte" doch fortgesetzt einer unehrenhaften Handlung schuldig machen, indem sie Leute heranzuziehen versucht, die den Streikenden in den Rücken fallen sollen.

Eßt kein unreifes Obst! In der jetzigen Zeit, in der oft halbreife Früchte von den Obstbäumen fallen, ist die vorstehende Mahnung wohl angebracht. Der unverhältnismäßig starke Säuregehalt der durchweg unreifen und halbreifen Früchte beschleunigt die Verdauung in abnormer Weise und greift die Schleimhäute des Magens so stark an, daß Gesundheitsstörungen unausbleiblich sind. Daher ist es auch keineswegs wohlgetan, das Fallobst, wie vielfach geschieht, zur Viehfütterung zu verwenden. Wohl aber kann das Fallobst auch für unseren Tisch sehr gut nutzbar gemacht werden, wenn man es bei nicht zu starkem Feuer zwei- bis dreimal aufkocht, ohne es jedoch völlig zu zerwichen, wodurch an das gewechselte Wasser die oft auch bittere Säure abgegeben wird.

In Vertretung. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Dr. Klug und Wolpmann hat der Senat dem Bürgermeister Dr. Eschenburg den Vorsitz in der Vorsteherschaft des Heil.-Geist-Hospitals, dem Senator Heinr. Evers den Vorsitz in der Kanalbaubehörde und der Vorsteherschaft des Krankenhauses übertragen und zugleich den letztgenannten beiden Behörden Senator Dr. Vermehren für die Zeit der Abwesenheit des Senators Wolpmann beigeordnet.

Aus dem Gerichtssaal. Einen Betrug soll der Hotelbesitzer O. dadurch verübt haben, daß er, der mit seiner Frau in einer anderen Sache als Zeuge vernommen war, 5 Mk. Zeugengebühren verlangte. O hatte angegeben, daß durch seine Abwesenheit und zugleich durch die seiner Frau seinem Geschäft ein Schaden in Höhe von 5 Mk. entstehen könne. Da auch nicht der geringste Beweis dafür vorliegt, daß der Angeklagte in betrügerischer Absicht gehandelt hatte, so erfolgte Freisprechung und zugleich Uebernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse. (Rätselhaft ist nur, wie in diesem Falle überhaupt Anklage erhoben werden konnte. Red.) — Der Arbeiter D. hat am Volksfesttage den Gastwirt L. mit einem Bierseidel auf den Kopf geschlagen. Für diese Tat hielt das Schöffengericht eine Strafe von 20 Mk. für ausreichend. — Gelegenheit macht Diebe. Die als Tagesmädchen beschäftigte Arbeiterin W. entwendete ihrer Herrschaft gelegentlich 4 Mk. und 2 Paar Strümpfe. Sie muß diesen Frevel am Eigentum mit drei Tagen Gefängnis büßen. — Freigesprochen wurde das Dienstmädchen M. gen. E., welches der Unterschlagung beschuldigt wurde. Die Angeklagte hat von einer Frau G., bei der sie wohnte, drei Achselschürzen und eine Theeschürze erhalten; angeblich sollte sie diese Sachen nach der ersten Lohnzahlung zurückgeben. Frl. M. erklärte jedoch, sie habe die Gegenstände geschenkt bekommen und deshalb behalten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

In der Stadthalle gelangt am Sonntag und Montag die beliebte Operette „Der Bettelstudent" zur Aufführung. Am Dienstag wird zum Benefiz für den jugendlichen Liebhaber Herrn Pfund Hartlebens Offiziers-tragödie „Rosenmontag" mit dem Benefizianten als Rudorf gegeben.

Arzneimittel, durch welche die Trunksucht geheilt werden kann, gibt es nicht. Auch die von gewissenhaften Aerzten in gutem Glauben an die Richtigkeit ihrer Behauptungen empfohlenen, so namentlich das Strychnin, haben sich als unwirksam erwiesen. Anscheinend durch Arzneimittel gelegentlich erzielte Erfolge verstehen sich stets als Erfolge der gleichzeitig angewandten Erziehung des Trinkers zur völligen Enthaltsamkeit von geistigen Getränken. Daß auch ein Geheimmittel, dessen Gebrauchsanweisung völlige Alkoholenthaltsamkeit fördert, eben hierdurch gelegentlich wirken kann, soll nicht bestritten werden. Doch gehören Heilungen dieser Art zu den größten Seltenheiten, weil die Trunksucht nur der persönlichen Beeinflussung des Trinkers durch Lehre und Beispiel zu weichen pflegt. Auch die in einem gewissen Umfange wirklich vorhandenen Anstandserfolge der „Gold-cure" und anderer in englischen und amerikanischen Sanatorien geübten Wunderkuren gegen Trunksucht beruhen lediglich auf der den Trinkerheilungsanstalten entlehnten eigentlichen Behandlung durch Belehrung, Arbeit und Enthusiasmierung für lebenslängliche Enthaltsamkeit. Ein Trunksuchtsmittel, an welches die Suggestion „es wird helfen" nicht anzuknüpfen vermag, welches dem Patienten „heimlich gegeben" werden kann, hat noch niemandem auch nur scheinbar geholfen. Jeder Handel mit angeblichen Mitteln gegen Trunksucht und jede öffentliche Anpreisung solcher Mittel müssen somit als unlauter bezeichnet und müßten verboten und verfolgt werden.]

In der Doppelbadeanstalt im Krähenteich wurden im Monat Juli Bäder abgegeben: Männerabteilung 18 622, Frauenabteilung 15 902, zusammen 34 524; im Juli 1904 32 557. Vom 15. Mai bis zum 31. Juli 78 916, in demselben Zeitraum 1904 69 229, mithin im Jahre 1905 mehr 9687.

Namensänderung. Der Senat hat dem Bureaugehilfen Oswald Wloczyk hierselbst den Familiennamen „Tauchert" verliehen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Ausschachtungsarbeiten wird die Rethteichstraße auf ca. 6 Wochen für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Die zweite partielle Mondfinsternis dieses Jahres beginnt am 15. August um 3 Uhr 39 Min. morgens, erfaßt in ihrem Höhepunkt etwa drei Zehntel der Mondscheibe und endet um 5 Uhr 42 Min. morgens, also 42 Minuten nach Untergang des Mondes für unsern Horizont. Die Finsternis ist zu beobachten in der südwestlichen Hälfte Europas, Afrika, dem atlantischen Ozean, Nordamerika, der nördlichen Hälfte Südamerikas und der östlichen Hälfte des großen Ozeans.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 20 Grad.

Niendorf (Ostsee). Ertrunken ist in der Neustädter Bucht kein bei dem Fischer Böbs erst kürzlich engagierter Fischerknecht. Der Verunglückte, der des Segelns zum Teil noch unkundig war, hatte zu viel Ballast mitgenommen, so daß das Fischerboot bei einem starken Windstoß kenterte und an den Grund sank. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Gleschendorf. Ueberfall. Die Hufner Schröder und Steen in Gießelrade begaben sich nach Lübeck, um sich dort Soldaten für die Ernte auf einige Tage zu engagieren. Ein bei dem Hufner Schröder dienender Kuhknecht überfiel während der Abwesenheit des Herrn dessen allein im Hause anwesende Frau und suchte sie zu erwürgen. Zum Glück kam gerade ihr Mann von der Reise zurück. Der Kuhknecht flüchtete nun, doch gelang es dem benachrichtigten Gendarmen Rathje, ihn bei Unter-Steenrade festzunehmen und in sicheres Gewahrsam zu bringen.

Schönberg. Ein Blitzstrahl fuhr in das Schuhmacher Tützensche Wohnhaus in der Seminarstraße durch den Schornstein, brannte in der oberen Wohnung des Arbeiters Knüppel mehrere Kleidungsstücke und Betten, in denen die Kinder lagen, an und ging dann nach unten, wo er eine Tür aus den Angeln warf und dann durch ein Fenster verschwand. Die Frau des K. hat am Arm verschiedene Brandwunden erlitten. Unten im Hause ist von den Wänden der ganze Putz gerissen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Feilenhauer haben in sämtlichen Werkstätten in Hamburg, Altona und Umgegend die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen neunstündige Arbeitszeit, Festsetzung eines Lohnes von 24 Mk. wöchentlich und Wiederherstellung des früheren Akkordtarifs. — Die Bauhandlanger in Hadersleben, die seit etwa fünf Wochen streiken und in einer am Sonntag stattgehabten Versammlung beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem ihnen seitens der Meister 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde zugesichert waren, haben in einer zweiten Versammlung beschlossen, weiterzustreiken, bis die geforderte Lohnerhöhung von 5 Pf. bewilligt ist.

Lauenburg a. d. Elbe. Der Streik der Schiffszimmerer ist nach Meldung bürgerlicher Blätter auf allen vier hiesigen Werften ausgebrochen.

Hamburg. Im zweiten Hamburgischen Wahlkreise beschäftigten sich die Parteigenossen mit dem Parteitage. In der Diskussion über die Maifeier traten nur zwei Redner gegen die Arbeitsruhe auf, während die übrigen für die Arbeitsruhe eintraten. Danach wurde über das Organisationsstatut verhandelt, die Versammlung jedoch vertagt, nachdem folgender Antrag Elm vorgelesen worden war: „Der Parteitag anerkennt ausdrücklich das Recht der Gewerkschaften, durch von ihnen dazu bestimmte Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Partei resp. der Fraktion in allen die Interessen der Gewerkschaften wie der Partei in gleichem Maße berührenden Fragen zusammenzuwirken und diesbezügliche Resolutionen für den Parteitag und den Gewerkschaftskongreß, sowie Gesetzesvorschläge usw. für den Reichstag vorzubereiten und zu beschließen. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wird dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen."

Brunsbüttel. Vorspiele zur englischen „Ostseefahrt"?? An der Mündung des Nord-Ostseekanals sind die Molenköpfe bei Brunsbüttelkoog mit Schnellfeuergeschützen versehen worden. Auch wurden an mehreren Stellen des Schleusendeiches Revolverkanonen aufgestellt, zu deren Anschießen Marinesoldaten kommandiert waren. Das „Berliner Tageblatt" weiß zu melden, daß die Schaffung einer zweiten Einfahrt in den Nord-Ostseekanal von der Nordsee her geplant werde. Ueber die Abtretung von Ländereien für diesen Zweck sei zwischen Vertretern des Fiskus und mehreren Besitzern in Brunsbüttelkoog bereits ein Abkommen getroffen worden.

Kiel. Die Torpedo-Lustjachten der Germaniawerft. Ganz unauffällig soll Freitag nacht die dritte der Torpedo-Lustjachten, das Torpedoboot Nr. 116, zu Wasser gelassen werden. Das Boot soll von der Baustelle auf einem Schlitten ans Wasser und dann mit dem großen Krahn ins Wasser gehoben werden. Von der Probefahrt, die es später antritt, wird es dann wahrscheinlich nicht wieder zurückkehren, sondern Väterchens Reiche zusteuern. Da Fürst Bülow in Norderney weilt, ist es ausgeschlossen, daß die Lustjacht seinen Weg kreuzt und er von dem Neutralitätsbruch etwas zu wissen bekommt.

Kiel. Ein Motorboot explodiert. Das Motorboot „Stanley", das an den Motorbootsrennen der Kieler Woche teilnahm, ist durch eine Explosion untergegangen. Die Katastrophe ereignete sich im Kattegat, wo der Fischkutter mit seinem Führer Kapitän Ohlsen dem Fischfang oblag. Aus unbekannten Gründen explodierte der Motor und entzündete das im Tank befindliche Oel. Im Augenblick stand der „Stanley" in Flamen. Der Kapitän und seine Leute sprangen rechtzeitig in das Beiboot. Ein Dampfer versuchte zwar den „Stanley", der vom Bug bis zum Heck ein Feuermeer bildete, auf den Strand zu setzen, doch war die Absicht nicht durchzuführen. Zischend versank das Motorboot; alle Gerätschaften und Ausrüstungen gingen verloren.

Wilhelmshaven. Eine furchtbare Familientragödie hat sich Mittwoch hier abgespielt. Der Kaufmann B., der im Parterre eines Hauses ein Kolonialwarengeschäft betrieb, hat sich selbst nebst seinen beiden Kindern, einem elfjährigen Mädchen und einem neunjährigen Knaben, durch Leuchtgas vergiftet. Als der Schornsteinfeger, der auf heute bestellt war, die Wohnung betreten wollte, fand er den Laden verschlossen. Erst auf längeres Klopfen kam das Ladenfräulein zum Vorschein. Dieses klopfte nun an die Tür des B.schen Schlafzimmers, ohne daß eine Antwort erfolgte. Nunmehr schlug der Schornsteinfeger kurz entschlossen die Glasfüllung der Tür

ein, worauf ihm ein intensiver Gasgeruch entgegenströmte. Bei näherer Untersuchung bot sich ein entsetzlicher Anblick dar. Kaufmann B. lag, schwarz angekleidet, auf seinem Bett, die Augen starr auf die Tür gerichtet, während die beiden Kinder, ebenfalls tot, unangekleidet in ihrem Bett lagen. Von einem herbeigerufenen Arzte wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, jedoch ohne Erfolg. Die Türritzen, Schlüssellöcher und sonstigen Oeffnungen waren mit Watte verstopft. An einem Arm der Gasleitung war ein Hahn geöffnet. B. war 38 Jahre alt. Vor einigen Jahren verlor er das jüngste Kind durch Ertrinken, was sich die Mutter so sehr zu Herzen nahm, daß auch sie bald darauf verstarb. Da seit dieser Zeit auch das Geschäft nicht mehr so florierte wie früher, verfiel B. in Schwermut, wodurch wohl auch die unselige Tat ihre Erklärung findet.

Neue Nachrichten

Breslau. Zwei Arbeiter getötet. Bei der Ausführung von Schlemmarbeiten in einer hiesigen chemischen Fabrik wurden zwei Arbeiter durch Brunnengas getötet.

Glogau. Graf Pückler hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. (Siehe Beilage.)

Gießen. Der Historiker Professor Dr. Wilhelm Oncken ist gestorben. W. Oncken wurde am 19. Dezember 1838 in Heidelberg geboren. 1873—76 war er Mitglied der zweiten Kammer des hessischen Landtags, 1874—77 des deutschen Reichstags, wo er der nationalliberalen Partei angehörte.

Frankfurt a. M. Ein furchtbares Unwetter hat Südwestdeutschland und Frankreich am Donnerstag heimgesucht. Von allen Orten kommen Hiobsposten. Im Maingebiet, Odenwald und Rheinhessen wurde fast die gesamte Ernte vernichtet. In Oberbergheim sind infolge Blitzschlags acht Bauernhöfe niedergebrannt. Ueber der ganzen Pfalz, besonders über Landau und Neustadt ging ein schweres Unwetter nieder. Die Weinernte wurde durch Hagel vernichtet. Der Schnellzug von Weißenburg traf mit fünfviertel Stunden Verspätung in Saargemünd ein. Die Obsternte ist verloren. Auf der Wetterseite wurden sämtliche Fenster zerschlagen. — Der durch den Wirbelsturm in Sedan und Umgebung verursachte Schaden wird auf 4 Millionen Franks geschätzt, davon auf die Stadt Sedan allein 1½ Millionen. Der Stadtpark und Friedhof Sedans sind vollständig vernichtet. Eine Frau wurde getötet, die Zahl der Verletzten ist bedeutend. In 20 Gemeinden rings um Sedan ist die Ernte vollständig vernichtet.

München. Mordverdacht. Der 50jährige Gürtler Pöltl in Babenried bei Bruck in der Nähe von München wurde wegen Verdachts des Kindesmordes verhaftet. Zwei Ehefrauen Pöltls gebaren im Laufe der Jahre 17 Kinder, von denen keins länger als zwei Tage lebte. Als vor einigen Tagen die jetzige Frau Pöltl wieder gebar und auch dieses Kind alsbald starb, schöpfte die Hebamme Verdacht und erstattete Anzeige. Eine Gerichtskommission stellte fest, daß das Kind keines natürlichen Todes gestorben sei.

Turin. Im Prozeß Murri erklärten die Geschworenen die Mörder Bonmartinis unter Zubilligung mildernder Umstände für schuldig. Daraufhin wurden Tullio Murri und Dr. Naldi zu je 30 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Polizeiaufsicht, Rosa Bonetti zu 7 Jahren Gefängnis, Dr. Secchi zu 10 Jahren Gefängnis und die Gräfin Linda Bonmartini zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten die Gerichtskosten auferlegt.

Cette. Drei Menschen ertrunken. Bei einer Kahnfahrt, die vier Matrosen in einem Boote auf dem Meere machten, brachte ein Windstoß das Fahrzeug zum Kentern. Drei der Insassen ertranken, der vierte wurde, nachdem er sich über drei Stunden lang an dem umgeschlagenen Boote festgehalten hatte, von einem Dampfer gerettet.

Briefkasten.

A. C. Wenn Sie den Pfahl nachweislich auf eigene Kosten haben einsetzen lassen — vorausgesetzt, daß nicht vorher an dessen Stelle ein anderer gestanden hat, den Sie entfernen ließen — so bleibt derselbe auch Ihr Eigentum; Sie können den Pfahl also beim Umzug mitnehmen.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Vom Verband der Tabakarbeiter	15,— Mk.
Bauschlosser	12,—

Expedition des „L. V."

Das **Wirtschaftsgeld** der Hausfrauen

wird durch die jetzigen teuren Butterpreise ganz besonders in Anspruch genommen. Praktische Hausfrauen kaufen daher längst statt der teuren Butter die bewährte und beliebte Mohra-Margarine, weil ebenso gut in jeder Verwendungsart und trotzdem fast um die Hälfte billiger, als Butter. Man verlange daher im eigensten Interesse überall

Margarine

Mohra im Karton

Freitag morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere innigst geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut

Marie Rönpage

im 23 Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert und schmerzlich vermißt von den ihrigen.

Johannes Rönpage u. Frau
geb **Buck.**

Dankwartsgrube 9, 4.

Beerdigung Montag den 14. August, vorm. 10½ Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus.
Beginn der Feier 10¼ Uhr.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Vermählungsfeier sagen hiermit ihren verbindlichsten Dank **Friedr. Lübke und Frau,**
Ida, geb Möller.

Zu vermieten
eine Zwei-Zimmer- und eine Dreizimmer-Wohnung mit allem Zubehör.
Näheres Aitendornstraße 25, pt.

Ein freundliches Zimmer
zu vermieten. Langer Lohberg 35, 2 Et.

Zum 1. Oktober eine **große Wohnung m. Garten,** Preis 130 Mk.
Heinr. Stapelfeldt, Fackenburg.

Grundst. a. d. Lande, massi Geb, m. 120 □R. gr. Gart., wor. 30 J. Kräm. betr., auch pass für Stellm, da gr. Gut, Dorf u. Schmiede, ab kein Stellm. vorh, hiss. sof z. verk Warendorpstr. 72, II.

Gutes starkes Fahrrad
30 Mk zu verkaufen Wahmstraße 46/5

Zu verkaufen **ein Kinderwagen f. Händler und ein Fahrrad für Arbeiter billig**
Glockengießerstraße 83/6

Wunderbar
hat mir **Wiegels Konserv.-Honigessig** gefallen, erzählte beim letzten Kaffeeklatsch Frau Klempnermstr B; ich habe neulich **Salat** damit bereitet, welcher mir so **gut** wie nie zuvor gemundet. Frau Tischlermstr. A fiel ihr hierauf ins Wort und lobte **Wiegels Konserv.-Honigessig** als den besten ihr bekannten **Einmacheessig.** Hierdurch sind die übrigen 12 Kaffeeschwestern veranlaßt worden, nur **Wiegels Konserv.-Honigessig** zu verwenden

Stühle! Stühle! Stühle!
Großer **Doppel-Waggon, 12** gangbare moderne **Sorten,** eingetroffen, dieselben werden zu den bekannt **billigen** Preisen in jeder **gewünschten Stückzahl** verkauft in **H. E. Kochs Möbelhäuser, Marlesgrube Nr. 45, 40 und 11** (letztes Haus ist dicht beim Klingenberg und wird gebeten, da wiederholt Irrungen mit einem andern Möbelgeschäft vorgekommen sind, genau auf meinen Namen und Nr. 11 zu achten und nicht durch aufdringliches Angreifen verleiten zu lassen)

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Der Arbeiter **Johann Pauls** ist seit dem 7. August cr. **nicht** mehr in meinem Geschäfte tätig.
Heinr. Meyer
Kohlenhandlung
Hüxstraße 114.

Alle meine geehrten **Kunden u. Möbelkäufer** haben den **Vorteil** gleich billig zu kaufen und kosten **1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, aber auch noch ein eleg. Vertikow dabei zus.** nur **150 Mk.** bei **freier** Lieferung. **Musterbücher** mit Abbildungen und Preisen für einzelne Stücke je nach Bedarf der **Käufer** und Berechnung im Hause, werden unentgeltlich abgegeben in **H. E. Koch's Möbelhäuser, Marlesgrube 45, 40 und 11.**

Telegramm!
Bei der Deutschen Motorradf.-Vereinigung veranstaltenden
3000 Kilom. langen Dauerfahrt
fuhr der I. Sieger, Herr Gustav Meyer, Hannov,
Cito-Motorrad
3 HP Magnet-Zündung.
Diese lange Strecke wurde ohne jeden Defekt zurückgelegt.
Vertreter:
H. Benthien, **Motor- und Fahrradhaus.**
Lübeck, Fackenburger Allee 53.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110

1 Waggon
Marschkäse
Vollfett Pfd. 40 Pfg.
II. Sorte Pfd. 20 Pfg.
Ed. Speck, Hüxstr. 80

Heinr. Hagelstein, Pfaffenstrasse 15,
Zigarrenfabrik und Lotteriegeschäft
empf. **vorzügliche Fünf- u. Sechs-Pf.-Zigarren**
sowie Lose aller hier erlaubten Lotterien.
Kostenlose Einsicht der Ziehungslisten.

Schulschreibhefte
in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Schuhwaren-Saison-Ausverkauf.
Gebe auf sämtliche farbige Schuhwaren doppelt grüne Rabattmarken.
Friedr. Meyer, Hüxstrasse 116.

Betten-Duve, gr. Burgstrasse 32.
Bettfedern, Daunen, Aussteuerartikel. Billigste Preise.
Gratis-Anfertigung. Rabattmarken werden ausgegeben.

„Die Neue Zeit"
— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Redigiert von **Karl Kautsky.**
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft** verkaufe
G. Creutzfeld, Goldschmied. Sandstr 19

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft Mengstraße 35

Bringe mein
Drogen- und Farben-Geschäft
in freundliche Erinnerung.
Otto Fehlauer, Fackenb. Allee 32.
Gebe **rote** Rabattmarken.

Bezugsquelle nur guter Sorten **Matjes-, Sommerfang- und Flohmheringe,** von ff **Anchovis** bester Qualität, der beliebten **Thüringer Salz- u. Sauergurken, ff. Himbeer- u. Kirschsaft** Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter **Bunge'scher Methode** hergestellten **Essigs und Essigsprits,** von **Wein-, Himbeer-, Estragons-, Gewürz-** und **Konservierungs-Honig-Essig** (anerkannt vorzügl Einmache-Essig).
ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl
H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Essigfabrik gegr. 1825.
Fischergrube 61 Fernsprecher 217

Sparsame Hausfrauen fertigen die Handtücher aus **weißen** Säden an.
Käuflich Fischergrube 61

Kleinverkauf sämtl. Spirituosen
in bekannter tadelloser Güte.
Hermann Blunk
Cronsforder Allee 51, Ecke d. Kahlhorststraße.

E. Boy,
Fischhandlung.
Heute abend, Markthalle Stand 46:
Pa. Fischkarbonade Pfd. 50 Pf.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Adler-Brauerei
Lübeck
empfiehlt ihr verbürgt **rein aus** Malz und Hopfen hergestelltes vorzügliches
Lager-bier
in Gebinden und Flaschen.
Fernsprecher 693

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. - Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 188 — Sonntag, den 13. August 1905 — 12. Jahrgang.

Soziales und Vereinsleben.

Im Zentralverband der Zimmerer werden fünf neue Gauleiter fest angestellt. Es kommen dabei in Betracht die Bezirke Posen mit dem Sitz des Bezirksleiters in Posen, Hessen und Hessen-Nassau mit Frankfurt a. M., Bayern nördlich der Donau mit Nürnberg, die Provinz Sachsen und Anhalt mit dem Sitz in Magdeburg und Schleswig-Holstein, Oldenburg mit Nordhannover mit dem Sitz des Gauleiters in Hamburg.

Die Düsseldorfer Holzarbeiteraussperrung dauert unverändert fort. Am Kampfe beteiligt sind insgesamt 1416 Holzarbeiter, von denen noch 607 ausgesperrt sind. 359 Kollegen arbeiten bei 44 bewilligten Firmen, von denen 35 Innungsmeister sind, zu den neuen Bedingungen, während 481 abgereist sind. In einer Versammlung, die sich mit der Aussperrung beschäftigte, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 8. August im Paulushause tagende sehr gut besuchte Volksversammlung nimmt Kenntnis von den bisher erfolglosen Einigungsverhandlungen und konstatiert, daß es den Arbeitern unmöglich ist, sich auf die praktisch nicht durchführbaren Vorschläge der Arbeitgeber, bezüglich Regelung der Lohnfrage, einzulassen. Die Versammlung stellt weiter fest, daß die Arbeiter heute, nach fünfwöchentlichem Kampfe, noch ebenso fest und einig dastehen, wie zu Beginn des Kampfes. Die Arbeiter werden den ihnen aufgedrungenen Kampf bis zu einem ehrlichen Frieden durchführen und sind hierbei der Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft sicher. Gleichzeitig spricht sie den Holzarbeitern ihre volle Sympathie aus und wünscht, daß der Kampf bald mit Erfolg für die Arbeiter zu Ende geht, da auch das gesamte Bürgertum unter diesem Kampfe zu leiden hat."

Zentrumsstütze und Lehrlingsbildner. Der Schlossermeister Anton Schmidt in Offenburg, Kirchenlicht und Zentrumsstütze, verklagte jüngst den Vater seines Lehrlings R. auf Schadenersatz oder Erfüllung des Lehrvertrages. Der Lehrling war davongelaufen, weil er von dem ehrsamen Meister fortgesetzt gemißhandelt worden war. Ein Gummischlauch bildete das heilige Instrument zur Erhaltung der guten alten Handwerkssitten gegenüber dem 17 Jahre alten Lehrling. Den letzten Anlaß zur Flucht des Lehrlings bildete der Umstand, daß er am 29 Juni, dem katholischen Feiertage, den ganzen Tag arbeiten sollte, während Meister und Gesellen feierten. Weil der junge Mann an dem Feiertage nicht weiter arbeiten wollte, wurde er wieder mit dem Gummischlauch bedroht und deshalb lief er schließlich davon. Der Vater des Lehrlings wachte in der Verhandlung unter anderem geltend, daß der Lehrling bei dreijähriger Lehrzeit 1½ Jahre mit Arbeiten beschäftigt wurde, die mit der Erlernung des Handwerks in keinem Zusammenhang standen. Darauf hatte der Meister die Erwiderung, daß man dem Jungen noch im letzten Jahre beibringen könne, was er zur Ausübung des Berufes brauche! Der Meister wurde mit seiner Klage abgewiesen. Der junge Mann lernt nun in einer Maschinenfabrik sein Handwerk.

Das nichtzustandegekommene preußische Kontraktbruchgesetz in ostpreußischer Wirklichkeit. Man berichtet dem „Vorw." folgende Fälle von ostpreußischer „Rechts"-Praxis:

Aus einem ihm gesetzlich scheinenden Grunde hatte der verheiratete Instmann K. aus P. im Kreise Labiau seinen Dienst bei dem Besitzer L verlassen. Er wurde dafür vom Amtsvorsteher wiederholt trotz seines gerichtlichen Widerspruches mit Haft bestraft. Auch wurden ihm für Strafgelder Sachen gepfändet. Er und seine Familie sollten aber für den Kontraktbruch noch viel härter, womöglich mit dem Hungertode bestraft werden. Aus dem Gefängnis zurückgekehrt, suchte der Mann sich anderswo Arbeit. Sein früherer Dienstherr wirkte durch Drohungen auf die Arbeitgeber aber so lange ein, bis sie ihn entließen. An einen etwas zähen Besitzer, der den ordentlichen, fleißigen Mann nicht gleich entlassen wollte, schrieb der Besitzer L wörtlich diesen Brief:

Bitte K. nicht zu beschäftigen, da derselbe hier angehörig ist und ich gegen Sie widrigenfalls mit Strafe vorgehen würde. Lindenau, Paschwentschen.

Ein anderer Fall: Bei dem Großgrundbesitzer, Amtsvorsteher und Rittmeister a. D. Douglas in Irtenau hatte sich der gleichfalls verheiratete Instmann W vermietet. Aus einem vielleicht gesetzlich sogar berechtigten Grunde verließ der Mann vor Ablauf der Kontraktzeit seinen Dienst und nahm andere Arbeit an. Bald darauf erklärte ihm aber sein neuer Arbeitgeber, er könne ihn leider nicht länger beschäftigen, weil er fürchte, bestraft zu werden. Denn im Amtlichen Kreisblatt des Königsberger Landkreises vom 28 Juli 1905 stand groß und fett gedruckt die Bekanntmachung:

Bekanntmachung:

Der Deputant Hermann Waldhauer von Gut Trutenau ist kontraktbrüchig geworden und hat seinen Dienst widerrechtlich verlassen. Es wird gewarnt, den p. Waldhauer in Arbeit zu nehmen. Amt Trutenau.

In zwei aufeinanderfolgenden Nummern desselben Kreisblattes steht diese Bekanntmachung:

Bekanntmachung.

Der Arbeiter August Fröhlich von hier ist kontraktbrüchig. Es wird gewarnt, denselben zu beschäftigen.

Crausen, den 27. Juni 1905. Gramatzki.

Und da warten wir noch immer darauf, daß eine neue Vorlage über dieses Gesetz an den preußischen Landtag gelangen soll? Brauchen unsere Agrarier Gesetze? „Wir machen uns unsere Gesetze selbst", sagte jüngst ein aufgeblasener Junker, als ein Gärtner ihn auf eine Ungesetzlichkeit aufmerksam machte. Darin hat der Mann ganz recht: Die preußischen Junker machen sich ihre Gesetze selbst, ob sie nun im preußischen Landtage oder auf den ostpreußischen Gutshöfen beschlossen werden.

Kotau. Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß der Regierungspräsident von Düsseldorf aus Anlaß der Aussperrung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe erneut auf die Bestimmungen über die Zuziehung ausländischer Arbeiter für das Aussperrungsgebiet aufmerksam gemacht hatte. Die Bauunternehmer rasten, denn wo sollen sie ihre Streikbrecher herbeziehen, wenn ihnen der Import ausländischer, auf einem möglichst niedrigen Kulturniveau stehender Arbeiter durch Bestimmungen erschwert wird, die wohl auf die Bekämpfung des Polentums, nicht aber auf die organisierter deutscher Arbeiter zugeschnitten sind. Sie wandten sich beschwerdeführend an die Regierung, die nun vor ihnen in einer offiziösen Notiz in der „Nordd. Allgem. Ztg." in folgender Weise Kotau macht:

„Eine Deputation des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist heute auf ihren Antrag vom Minister des Innern empfangen worden. Nachdem die Deputation Mitteilungen über den Lohnkampf im rheinisch-westfälischen Baugewerbe gemacht hatte, wies der Minister darauf hin, daß die Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf betreffend die Zuziehung ausländischer Arbeiter lediglich bestehende Verwaltungsgrundsätze wiedergebe, ohne für einen der streitenden Teile Partei zu nehmen. Im übrigen sei es selbstverständlich, daß die Staatsgewalt erforderlichenfalls die Arbeitswilligen nachdrücklichst schützen werde; auch habe der Regierungspräsident die entsprechenden Maßregeln bereits seinerseits angeordnet."

Die rheinisch-westfälischen Baulöwen werden nun denken: „Der Herr Regierungspräsident kann uns sonst was" und die Arbeiter werden nächstens den „nachdrücklichen Schutz der Arbeitswilligen" seitens der Staatsgewalt zu spüren bekommen. Dieser „Schutz" besteht in Deutschland bekanntlich in der Verhinderung jeglichen Aufklärungsdienstes.

Bürgerliche Lügenbeutelei. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Brandenburg übersandte unserm dortigen Parteiorgan folgende Erklärung:

In Berliner Blättern befand sich kürzlich eine Notiz, wonach die beschlossene Auflösung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse in Brandenburg a. H." bezeichnend sein soll für die Wirtschaft in den sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen. Diese Notiz entbehrt jeglicher Berechtigung, denn die bezeichnete Kasse hat niemals unter sozialdemokratischer Leitung gestanden. Der Posten des ersten Vorsitzenden ist stets von einem Arbeitgeber bekleidet worden, niemals aber von einem Sozialdemokraten. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben sich redlich um das Wohl der Kasse bemüht, und die Beschlüsse des Vorstandes sind in der Regel mit Einstimmigkeit gefaßt worden. Die Auflösung der Kasse ist nicht auf ungeordnete Verhältnisse, sondern auf die übergroße Belastung durch überwiegend weibliche und alternde Mitglieder zurückzuführen.

Brandenburg a. H., 5. August 1905.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Martin Raschig, Fabrikbesitzer u. Vorsitzender der Kasse.

Einen schönen Erfolg errangen die freien Gewerkschaften in Kulmbach bei der Wahl zum dortigen Gewerbegericht. Auf ihre Liste fielen 463 Stimmen, während die Liste der von dem gesamten bürgerlichen Parteimischmasch gehätschelten und unter dem Feldgeschrei „Gegen die Sozialdemokraten" geführten unorganisierten Arbeiter es auf ganze 63 Stimmen brachte. Da die Wahl nach dem Verhältnissystem stattfand, ist den Unorganisierten ein Beisitzer zuzusprechen.

Der 16. internationale Bergarbeiter-Kongreß trat Montag in Lüttich im städtischen Kasino Gressoy, Boulevard d'Avroy, zusammen. Seine Tagesordnung weist außer dem üblichen geschäftlichen Teil folgende Beratungsgegenstände auf: 1. Verkürzung der Arbeitszeit. 2 Frauen- und Kinderarbeit. 3. Gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes. 4 Grubeninspektion. 5. Arbeiterversicherung. 6. Internationale Organisation. 7. Kundgebung zugunsten des Weltfriedens. Zu jedem dieser Punkte liegen von den einzelnen Nationen Beschlußanträge vor. Auf dem Kongreß vertreten sind: England mit 48 Delegierten und 577 500 organisierten Arbeitern. Amerika mit 2 Delegierten und 350 000 Organisierten. Deutschland mit 9 Delegierten und 540 000 Bergarbeitern (davon 130 000 im „Verband"). Belgien mit 28 Delegierten und 134 000 Bergarbeitern. Frankreich mit 7 Delegierten und 160 000 Bergarbeitern. Für die diesmal nicht vertretene österreichische Union der Bergarbeiter hat der Vorsitzende Ebert ein Begrüßungstelegramm gesandt. Die Montagssitzung wurde mit Begrüßungen und Bureauwahlen ausgefüllt. Am Dienstag nahm der Kongreß eine Resolution auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages an. Dagegen stimmten nur Durham und Northumberland, die eine noch kürzere, nämlich eine siebenstündige Arbeitszeit verlangten. Der deutsche sozialdemokratische Abg. Sachse erklärte u. a. mit Bezug auf die preußische Bergarbeiternovelle, die durch den Verrat des Zentrums schließlich angenommenen §§ 93b bis 93d seien Kautschukbestimmungen ohne jeden Wert. Die deutschen Bergarbeiter seien also in diesem Jahre garnicht vorwärts gekommen. Aber im Herbst würden die Arbeitervertreter im Reichstage einen neuen Vorstoß zu gunsten der Achtstundenschicht machen. Die im neuen Gesetz bestimmte Verkürzung der Arbeitszeit werde kaum 2 Prozent der preußischen Bergarbeiter zugute kommen. Selbst die elf- und zwölfstündigen Schichten würden, wo sie jetzt üblich seien, bestehen bleiben. Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen nahm der internationale Bergarbeiterkongreß eine Resolution auf Verbot der Frauenarbeit im Bergbau und dann eine Resolution auf Verbot

---

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(45. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dr. Fresen trat aus seiner Tür, ein in Wachsleinewand eingebundenes Paket unter dem Arm und eilte mit Riesenschritten die Straße entlang. Der gute Doktor war ganz gegen seine Gewohnheit tief in Gedanken, er schaute nicht rechts noch links, nicht einmal auf das Pflaster, die Vorübergehenden mochten sehen, wie sie ihm auswichen, er hätte heute jeden, der ihm unvorsichtig nahekam, über den Haufen gerannt.

„Herrgott, Fresen, wohin so eilig?" rief eine Stimme neben ihm.

Der Doktor, wie aus einem Traum erwachend, fuhr herum.

„R— Reinhart — du —?"

Fresen, blaß wie Schnee, fühlte seine Beine unter sich wanken.

„Ich bin es, lieber Schwager — eben auf dem Wege zu euch —"

„Und du — du bist —"

„Frei, ja, frei durch Wera."

Die beiden Männer schüttelten sich warm die Hände, ja der Doktor ließ Reinharts Hand gar nicht wieder los, er vergaß ganz, wo er sich befand, seine ehrlichen guten Augen füllten sich mit Tränen und schluchzend rief er: „Reinhart, alter Junge — ich glaube, ich werde verrückt!"

„Komm, komm," drängte dieser, „zur Mutter — zu Gertrud — du mußt sie vorbereiten auf meine Ankunft."

„Ja, ja," rief der Doktor, sich die Augen wischend. „Inzwischen erzählst du mir alles — oder vielmehr ich dir — weißt du denn, lieber Junge, daß ich eben zu dir wollte?"

„Zu mir?"

„Ja — ach Gott, das ist ja heute ein Glückstag," schrie der Doktor so laut, daß sich die Leute auf der Straße verwundert nach ihm umdrehten. „Doppelt wiedergefunden, Reinhart, doppelt — weißt du, was ich dir habe?"

Er zeigte auf das Päckchen in Wachsleinewand.

„Was denn?" fragte Reinhart verwundert.

„Rät's der Narr nicht einmal," rief Fresen, „dein Buch, Reinhart, dein verlorenes Tagebuch aus Afrika — deinen Beweis gegen Leopold Sekal, alter Kerl! Hahaha!"

Jetzt war es Dr. Hohl, welcher zur Bildsäule erstarrte.

„Unmöglich — Fresen — Albin — das Buch —"

„Hier ist es!"

Der Arzt riß den Einschlag mit solcher Gewalt herunter, daß er in Fetzen davonflatterte. „Da — ist's das richtige oder nicht?"

„Das ist es, gewiß — o Doktor, wo hast du das her? Wo habt Ihr es gefunden?"

Der Doktor, dessen phlegmatische Natur schon wieder die Oberhand gewann, lächelte pfiffig.

„Wo? Nirgends — überhaupt nicht — du selber hast es ja gefunden."

„Ich?"

„Hm — errätst du nicht, wann und wo?"

„Nein — du scherzest nur —"

„Bewahre — das ist der Schatz, Reinhart, den du dir ausgegraben hast, als du mit dem alten Freiherrn auf das Abenteuer ausgingst, das so unglücklich ablief: Das Buch lag in dem alten Kasten, den Ihr ausgegraben, und der nachher nicht mehr da war."

„Undenkbar — wie ist es denn da hineingekommen?"

„Das ist eine seltsame Geschichte, aber erst erzähle mir, wie deine Unschuld an den Tag gekommen ist. Eher spreche ich kein Wort."

Arm in Arm wandelten die Freunde dahin, Reinhart berichtete getreulich, was ihm der Staatsanwalt mitgeteilt. „Der wackere Mann war ordentlich bewegt und bat mich für die irrende Justiz um Entschuldigung," schloß er ergriffen. „Aber denke dir, daß ich das alles Wera verdanke — o das edle, herrliche Geschöpf!"

„Wahrlich, das ist sie," rief der Arzt begeistert. „Doch nun vernimm auch meinen Roman. Du entsinnst dich, daß der von Euch gefundene Kasten verschwunden war."

„Ganz recht."

„Und daß wir vermuteten, der alte Freiherr selber hätte ihn fortgenommen. Nun wohl, das war auch der Fall. Am nächsten Morgen —"

„Erlaube — ist der alte Mann denn wieder da?"

Der Doktor lachte.

„Der traf eine Stunde später, als wäre nichts geschehen, pudelnaß auf seiner Stube ein. Natürlich wollte er von gar nichts wissen — weder von dem Ueberfall noch von dem Kasten. Vielleicht wußte er auch wirklich nichts."

„Er ist doch nicht in seiner Freiheit beschränkt worden?"

„Das nicht, aber wir passen besser auf ihn auf. In den Park darf er ohne Begleitung nicht mehr gehen. Seit dem Wutanfall ist er mir unheimlich, obgleich ich nicht glaube, daß sich derselbe wiederholt. Genützt hat ihm die Sache jedenfalls nichts — na, die Absicht war eine gute und ohne es zu ahnen, habe ich dir selber geholfen. Denke nur. Ich war neugierig, was mit dem Kasten los sein könnte. Während der nächsten zwei Tage fühlte ich mich nicht aufgelegt, mich mit der Angelegenheit zu beschäftigen — wir waren in tiefer Trauer um deinetwillen, deine arme Mutter weinte Tag und Nacht; auch Gertrud konnte sich nicht beruhigen. Am dritten Tage erinnerte mich der Wärter daran — ihm gab ich Auftrag, und so wühlte denn dieser mit noch einem Gefährten — da Prinz Kasimir absolut nicht mit der Sprache herauswollte — den Park in der Nähe des chinesischen Tempelchens um und um. Aber nichts wurde gefunden. Erst heute mittag entdeckte der Wärter Barnewitz den Kasten zu-

der Zulassung von Kindern unter 14 Jahren zur Bergwerksarbeit und der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren zur unterirdischen Arbeit an.

Ein Opfer des Königsburger Hochverrats-Prozesses, Genosse Pätzel, hat Dienstag im Strafgefängnis zu Tegel seine ihm zudiktierte dreimonatige Strafe angetreten. Dieser Prozeß bildet ein denkwürdiges Blatt in der Geschichte der preußischen Justiz. Die Einleitung des Strafverfahrens charakterisiert sich lediglich als eine Krönung der Schergendienste, die die preußische Regierung dem russischen Absolutismus seit Jahren geleistet hat. Aus der Versendung der in Deutschland unbeanstandeten russischen revolutionären Schriften versuchte die Königsberger Anklagebehörde Hochverrat und Majestätsbeleidigung zu konstruieren. Rußland zuliebe wurde eine Haupt- und Staatsaktion eingeleitet, die auf gänzlich ungesetzlichen Grundlagen ruhte. Haussuchungen und Verhaftungen wurden verfügt, viele Monate Untersuchungshaft verhängt und eine geheime Voruntersuchung geführt, durch die unsere heutige Rechtssicherheit grell beleuchtet, aber auch die preußische Justiz heillos kompromittiert wurde. In der Verhandlung brach die so mühsam aufgebaute Anklage schmählich zusammen. Es ergab sich, daß trotz aller Uebersetzungskunststückchen russischer Konsuln und justizministeriellen Bedienten in Wirklichkeit gar kein rechtlicher Boden vorhanden war. Die Angeklagten mußten von der Anklage wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung freigesprochen werden. Dagegen fand das Gericht in der Tatsache des Schriftenversandes das Merkmal einer geheimen Verbindung. Insbesondere soll sich Pätzel dieses „Verbrechens" dadurch schuldig gemacht haben, daß er russische Schriften als Schuhwaren deklariert hatte. Das „Geheimbündlerische" bestand darin, daß für Pätzel diese „Schuhwaren" vollständiges Geheimnis waren. Er wußte gar nicht, daß andere Personen auf den seinen Namen tragenden, aber nicht von ihm ausgefüllten Frachtbriefen „Schuhwaren" deklarierten. Das mußte gerochen werden. Pätzel erhielt für diesen Spaß drei Monate Gefängnis, die er nun abzubüßen sich angeschickt hat. Hoffen wir, daß Genosse Pätzel die Zeit überstehen möge, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen!

Im Mansfelder Kreise fand am Sonntag zum ersten Male eine öffentliche Kreiskonferenz statt, während sich die Genossen früher mit privaten Zusammenkünften begnügen mußten. Es wurde ein zwar langsamer aber stetiger Fortschritt in der Organisation konstatiert. Die Einnahmen des Kreises betrugen 536 Mk. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Ausgestaltung der Organisation und die Pflege der Agitation.

Zum Organisationsstatut beantragen die Genossen des elften sächsischen Wahlkreises, daß die Wahlkreise nur zur Abführung von 10 Proz. ihrer Einnahmen an den Parteivorstand verpflichtet werden sollen und daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitage nur durch eine Delegation vertreten sein soll. — Die Genossen des Wahlkreises Hanau wünschen den Beitrag der Wahlkreise auf 15 Proz. festgesetzt zu sehen. Die Reichstagsfraktion soll zwar in ihrer Vertretung auf dem Parteitage nicht beschränkt werden, aber es soll ihren Mitgliedern, soweit sie nicht Delegierte von Wahlkreisen sind, nur beratende, nicht beschließende Stimme zustehen.

Die Kreiskonferenz für Hanau nahm zum Parteitage noch folgende Anträge an: 1. Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. 2. Den Parteivorstand zu beauftragen, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen.

Der Parteitag unserer französischen Genossen, der in diesem Jahre zu Chalons stattfinden und am 1. November beginnen soll, wird sich leider wieder trotz der durch die „Einigung" herbeigeführten Annäherung der feindlichen Brüder mit allerlei unangenehmen Dingen zu beschäftigen haben. So mit der Bewertung des Verhaltens des „Genossen" Brousse, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Pariser Gemeinderats an den offiziellen Empfangs-Feierlichkeiten zu Ehren des Königs von Spanien teilnehmen zu sollen geglaubt hat! — Die zur Beurteilung dieses im höchsten Grade unsozialistischen Verhaltens kompetente Kommission sprach einstimmig ihr Bedauern über Brousse's Handlungsweise aus und beschloß, dem Parteitag vorzuschlagen, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse durch geeignet erscheinende Maßnahmen zu verhindern. Sodann wird die Anfrage einer Parteisektion zur Sprache kommen, die sich bei der Seine-Föderation erkundigte, ob sie ein Mitglied wegen Anlegens von „Orden und Ehrenzeichen" ausschließen dürfe! Die Antwort lautete: „Das Parteistatut enthält keinerlei Bestimmungen über diesen Punkt; der Parteitag soll auch die Frage prinzipiell entscheiden!" — Zum Teil hat bereits die erste nach der Einigung abgehaltene Versammlung des neuen Nationalrats, die am 14. Juli stattfand, dem Parteitage vorgearbeitet. Zu Vertretern Frankreichs im internationalen Bureau wurden nach langer Debatte und Erörterung wichtiger Prinzipienfragen Vaillant und Jaurès und als Stellvertreter Bracke und Longuet gewählt. Die Fiere-Föderation hatte zu dieser Nationalrats-Sitzung den Antrag gestellt: Die Frage der Haltung der Sozialisten im Kriegsfalle auf die Tagesordnung des Parteitages von Chalons zu setzen. Es wurde aber nach eingehender Diskussion der Beschluß gefaßt, diese Frage erst dem französischen Parteitage zu unterbreiten, der vor dem Stuttgarter internationalen Kongresse stattfindet.

Die Kriminalität ist in Deutschland im Jahre 1903 nach den allgemeinen Ziffern, die das „Statistische Jahrbuch" bringt, etwas zurückgegangen. Es sind wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nur 505 353 Personen verurteilt worden, gegen 512 329 im Jahre 1902. An dem Rückgang um 7000 sind beteiligt der Diebstahl mit 3000 und die Körperverletzung mit 2500. Unter den Verurteilten befanden sich 81,1 (1902 84,2) v. H. männliche und 15,9 (15,8) v. H. weibliche Personen. Etwas heruntergegangen ist zum ersten male seit langen Jahren der Anteil der jugendlichen (12 bis 18 Jahre alten) Personen, der 9,9 v. H. betrug, gegen 10,0 v. H. im Jahre 1902 und absolut 50 219 gegen 51 046. Ob darin schon ein Einfluß des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu erblicken ist, blieb dahingestellt. Leider ist die Zahl der vorbestraften Verurteilten weiter gestiegen, und zwar von 218 879 auf 219 803, so daß von 100 Verurteilten 43,5 vorbestraft waren, gegen 42,7 v. H. im Jahre 1902.

Aus Nah und Fern.

Wie es einem Veteran erging. In Margrabowa (Ostpreußen) wohnt ein Schlossermeister, der nicht mehr zu den jüngsten gehört. Denn er hat schon den „glorreichen" Krieg 1870/71 mitgemacht und in sechs Schlachten mitgekämpft. Zum besten geht es ihm nicht, er kann bei seinem hohen Alter und seinem hinfälligen Körper nicht mehr sein Brot verdienen. Da erinnert er sich, daß ja das teure Vaterland seinen Veteranen als Dankeszoll eine Beihilfe gewährt, freilich nur denen, die es wirklich nötig haben. So ging er denn zu einem Arzt nach Lyck, der ihm folgendes Attest ausstellte: „Der Schlossermeister K . . . L . . . aus Margrabowa will den Antrag auf Gewährung einer Veteranenbeihilfe stellen, weil er infolge von Sehschwäche und großer Schmerzen in den Beinen seinen Beruf nicht mehr ausüben könne und dadurch gänzlich arbeitsunfähig geworden sei. Er beschäftige sich hauptsächlich mit Reparaturen von Nähmaschinen und Fahrrädern; dazu gehöre bei der Feinheit der Arbeit ein gutes Auge, das habe er aber in letzter Zeit so gut wie ganz verloren. Außerdem könne er in der Werkstatt nicht lange stehen, weil ihm dann die Unterschenkel stark anschwellen und stark schmerzen. Die Untersuchung ergab: Die Sehschärfe auf beiden Augen beträgt nicht ein Drittel der normalen. L. hat bis dahin eine Brille getragen, mit welcher er aber in letzter Zeit ebensowenig sehen konnte, wie mit bloßem Auge. Zum Zwecke der Verschreibung einer neuen Brille kam Herr L. am 2. Juni zu mir. Die Untersuchung der Augen ergab aber eine Abnahme der Sehschärfe, welche durch ein Glas wohl kaum reguliert werden kann. Die Bindehäute beider Augen sind stark gerötet und entzündet, die Augen selbst stets voll Tränen. Das sind Folgen eines chronischen Bindehautkatarrhs und dieser wieder Folge des Berufs. Die Augen sind dadurch, daß L. stets an der heißen Esse und im Rauch gearbeitet hat, im Laufe der Zeit chronisch erkrankt und schlecht geworden. Zu diesem Leiden, das L. schon an und für sich arbeitsunfähig macht, treten noch gewaltige Krampfadern hinzu, welche in erheblichem Maße, stark geschlängelt und grell gefärbt, an beiden Unterschenkeln vorhanden sind. Auch diese sind Folgen des Berufs. Denn Krampfadern entwickeln sich hauptsächlich bei solchen Personen, welche stehend den ganzen Tag zu arbeiten haben. Im vorliegenden Falle liegt die Gefahr vor, daß eine Krampfader bei schwerer Arbeit und längerem Stehen platzt, wodurch eine lebensgefährliche Blutung veranlaßt werden könnte. Die geringe Arbeitsfähigkeit, die demnach Herrn L. verbleibt, dürfte bei dem hohen Alter kaum in Anrechnung gebracht werden können, ich begutachte deswegen nach bestem Wissen und Gewissen, daß der Schlossermeister L. dauernd gänzlich erwerbsunfähig ist und Anspruch zu erheben auf Gewährung der Veteranenbeihilfe berechtigt ist." Wer das Attest liest, wird gewiß nicht auf die Idee kommen, daß der Schlossermeister L. ein leichtsinniger Windmacher ist, der aus Bequemlichkeit „Rente schlucken" will, um sich von der Arbeit zu drücken. Er reichte also das Attest beim Landratsamt ein, in der sicheren Erwartung, die bescheidene Unterstützung zu bekommen. Aber es kam anders. Nach etwa sechs Wochen erhielt er folgenden Bescheid vom Landrat: „Ihr protokollarisches Gesuch um Gewährung der Veteranenbeihilfe muß ich als unbegründet zurückweisen, da Sie noch nicht als dauernd gänzlich erwerbsunfähig betrachtet werden können. Das von Ihnen eingereichte Attest ist dem Herrn Kreisarzt hier zur begutachtlichen Aeußerung vorgelegt und hat derselbe erklärt, Sie wären auf Grund der in demselben geschilderten Leiden noch nicht dauernd gänzlich erwerbsunfähig." Gesehen hat der Kreisarzt Dr. Bossius den Mann nicht. Der Schlossermeister kann nun weiter an der Esse stehen, bis die Krampfader platzt und er tot niedersinkt. Dann wird ihm der Kriegerverein, dem er doch sicherlich angehört, die „letzten militärischen Ehren" erweisen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Das „Vaterland" fährt besser dabei, denn das kostet ihm nichts. Und inzwischen fahren die notleidenden Agrarier fort, Millionen zu schlucken.

Zum Eisenbahnunglück bei Spremberg. Wie die „Magd. Ztg." erfährt, hat der Kaiser durch den Regierungspräsidenten von Kottbus den Opfern des Spremberger Eisenbahnunglücks telegraphisch sein Beileid ausdrücken lassen. Eisenbahnminister Budde hat zur sofortigen Unterstützung zahlreicher Verwundeten und ihrer Angehörigen größere Geldmittel, und zwar bis zu 100 000 Mark, zur Verfügung gestellt.

Der Dreschgraf Pückler hatte sich vor der Strafkammer in Glogau wegen Beleidigung und Bedrohung zu verantworten. Die Angelegenheit, die wegen wiederholten Nichterscheinens des Grafen zu den angesetzten Terminen mehrfach vertagt werden mußte, so daß Graf Pückler, wie bekannt, jetzt in Zwangshaft genommen wurde, reicht in den September des Vorjahres zurück. Der Schauplatz des Reiterangriffes, denn um einen solchen handelt es sich, war das Vorwerk Kropusch der Gutsherrschaft Schönau, im Kreise Glogau. Graf Pückler kam mit seiner Klein-Tschirner Reiterbrigade zu einer Zeit in die Nähe eines Scheuers, das zu Schönau gehörte. Da er von dort Rauch aufsteigen sah, so schickte er eine Patrouille ab, um diese verdächtige Erscheinung zu rekognoszieren. Es stellte sich heraus, daß der Rauch von einer Dampfdreschmaschine ausging, an der unter der Aufsicht des Vogtes Pauli mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Das Auftauchen der Pücklerschen Patrouille rief unter diesen eine lebhafte Panik hervor. Die Leute flüchteten sich vor der Attacke unter die Maschine, und nur Vogt Pauli fand den Mut, sich diesen „Scherz" auf das entschiedenste zu verbitten. Er hatte dabei aber die Rechnung ohne den Herrn Grafen gemacht, der inzwischen selber herangesprengt kam und nunmehr den „verwegenen" Vogt persönlich attackierte, indem er gleichzeitig dessen Unwürdigkeit durch eine Reihe nicht mißzuverstehender und landwirtschaftlicher Kraftausdrücke näher illustrierte. Auch dem Vogt Pauli blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich unter die Dampfdreschmaschine zu retten. Graf Pückler zog nun zwar mit seinem Heerbann ab, am 1. Oktober aber ließ er durch eine neue Patrouille den Vogt Pauli suchen, als dieser im Felde eine Reihe Arbeiterinnen beim Kartoffelbuddeln beaufsichtigte. Mit „Hurra" ging man danach zur Attacke über, allen voran mit geschwungenem Knüttel Graf Pückler. Zwar suchte sich der Ueberfallene mit einer Kartoffelhacke zu wehren, er mußte aber schließlich hinter einen Kartoffelkastenwagen flüchten, wobei er weiterhin in arge Bedrängnis geriet, so daß ihm die Mütze vom Kopfe geschlagen wurde. Die beschäftigten Arbeiterinnen wurden durch den unerwarteten Ueberfall derart in Schrecken versetzt, daß eine der Frauen in Krämpfe verfiel. Wie ein Telegramm meldet, verurteilte die zweite Strafkammer in Glogau den Pückler wegen Bedrohung und Beleidigung insgesamt zu — 350 Mk. Geldstrafe! Der Haftbefehl wurde aufgehoben. „Es sind doch brave Kerle, meine Glogauer Richter", dürfte Graf Pückler nach der Urteilsverkündigung gesagt haben.

Doppelmord und Selbstmordversuch. Arbeitslosigkeit und Nahrungssorgen haben wieder einmal eine furchtbare Familientragödie in Berlin herbeigeführt. In seiner Wohnung Stralsunderstraße 62 hat, wie bereits kurz unter „Letzte Nachrichten" gemeldet, der Mechaniker Charlet seine 25jährige Frau und seine 4jährige Tochter vergiftet und sich dann selbst das Leben durch mehrere Revolverschüsse zu nehmen versucht. Charlet war schon viele Wochen hindurch arbeits- und brotlos gewesen. Von Tag zu Tag wurde die Not größer. In der Verzweiflung faßte der Unglückliche den Plan, Frau und Kind sowie sich selbst das Leben zu nehmen, um sich und seine Angehörigen vor

---

fällig, als er in einer der Niederlagen etwas suchte. Der alte Spitzbube hatte ihn in der Eile dorthin geschleppt und unter einer leeren Kiste verborgen, auf die er dann wieder eine volle gesetzt hatte. Vermutlich gedachte er sich bei geeigneter Gelegenheit wieder in den Besitz seines „Schatzes" — der Doktor legte auf das Wort besonderen Nachdruck — zu setzen, ihn von neuem zu vergraben, aber unsere Wachsamkeit verhinderte ihn an der Ausführung seines Vorhabens. Wie mich der Wärter rief, laufe ich gespannt nach dem Platze — ich dachte wirklich nicht anders, als es handle sich um einen Schatz."

„Nein? Was enthielt denn die Kiste?"

„O, Sachen von Wert waren schon darin — und was für welche! Weit genug riß ich die Augen auf, als ich den Deckel aufklappte: Da gab es silberne Löffel, goldene Ohrringe, Ringe, Uhren und Schmucksachen, silberne Salzfässer, glänzende Manschettenknöpfe und vieles andere mehr — kurz, ein reines Elster- oder Taschendiebsnest. Seit länger als zehn Jahren hat der edle Prinz Kasimir diesen ganzen Raub zusammengetragen. Gott weiß, von welcher fixen Idee ausgehend!"

„Wo hat er die Sachen herbekommen?"

„Du weißt doch, was für Freiheit er genoß — schon des öfteren wurden derartige Gegenstände vermißt und einmal ist eine Wärterin sogar wegen dringenden Verdachts des Diebstahls entlassen worden. Der eigentliche Täter aber war nur unser guter Freiherr, der, wo es nur irgend anging, Gegenstände, die in seinen Augen Wert besaßen, heimlich an sich nahm und dann bei passender Gelegenheit in seinem Versteck unterbrachte. Auf ihn fiel natürlich kein Verdacht. So machte er es auch mit deinem Tagebuch. Er war dabei, als der Wärter Edelmann dich in Empfang nahm und sah, wo er deine Kleider und Sachen verwahrte. Das auf dem Tische liegende Buch reizte ihn, aus welchem Grunde, kann ich mir nicht enträtseln. Sobald Edelmann den Rücken gewandt, nahm er es weg, und der Wärter, um nicht den Vorwurf der Unachtsamkeit auf sich zu laden oder gar selber in den Verdacht der Entwendung zu geraten, verschwieg den Verlust. Den hohen Wert des Buches kannte er ja nicht. Als er später vernahm, was das Ding eigentlich besage, bekam er es erst recht mit der Angst zu tun; er beantwortete unsere Frage dahin, daß er kein Buch gesehen habe, und erst als ich ihm tüchtig aufs Leder rückte, hat er mir unter Tränen die Wahrheit gestanden."

„So hatte er das Buch doch in der geheimen Tasche gefunden?"

„Gewiß — da ihm aber bereits einmal ein Wertgegenstand bei derselben Gelegenheit abhanden gekommen war, fürchtete er für einen Mitschuldigen Sekals oder Dieb gehalten zu werden und seine Stellung zu verlieren und leugnete lieber. Sobald ich es unter dem Krimskrams in der Kiste entdeckte, ahnte ich sofort den Zusammenhang. Du kannst dir meinen Jubel ausmalen, als ich das Heft erblickte, und, es aufschlagend, deinen Namen fände. Daher die große Vorliebe des Freiherrn für dich, er wußte, daß das Buch dir gehörte und mag wohl eine dunkle Idee gehabt haben, daß er es dir wieder zurückerstatten müsse. Vielleicht hatte er wirkliches Mitleid mit dir, wer weiß es! Erst als du seinen vermeintlichen Schatz seiner Vermutung nach in Besitz nehmen, die Kiste öffnen wolltest, verlor er das bißchen Logik, das ihm noch geblieben, und hätte dich in einem regelrechten Wutanfall bald zur Leiche gemacht! Ein schlauer Fuchs bei aller Tollheit; sein Versteck war wirklich vorzüglich gewählt!"

„Was wird er nun sagen, wenn sein geliebter Schatz verschwunden ist?"

Fresen zuckte gleichmütig die Achseln.

„Falls die Entdeckung des Verlustes die Gefahr eines Erregungszustandes heraufbeschwören sollte, so wird es mir leicht gelingen, ihm etwas einzureden, das ihn beruhigt. Ich erzähle ihm dann, sein Vater, der König, habe ihm den Schatz heimlich fortnehmen lassen oder so etwas ähnliches. Seinesgleichen ist wie ein Kind und nach Belieben zu lenken."

„Edelmann ist doch nicht entlassen worden?"

„Von Rechts wegen hätte ihm nichts weiter gebührt. Da er aber sonst ein tüchtiger Mensch und Vater mehrerer Kinder ist, habe ich bei dem Professor selbst für ihn ein gutes Wort eingelegt. So ist er mit einem scharfen Verweis davongekommen. Doch halt — weiter dürfen wir nicht, oder sie sehen uns vom Fenster aus. Warte hier, ich gehe voraus, sobald ich mich dann am Fenster zeige, kommst du."

(Fortsetzung folgt.)

dem Hungertode zu bewahren. Gestern morgen gegen 9 Uhr hörten Nachbarn in der Wohnung des Mechanikers mehrere Schüsse fallen. Die Polizei wurde sofort herbeigeholt und die Türen gewaltsam geöffnet. Die junge Mutter lag mit ihrem toten Kinde in den Armen als Leiche auf dem Bett. Charlet war mitten im Zimmer zusammengebrochen. Er gab noch Lebenszeichen von sich; aus der Brust und von der Stirn herab rieselte Blut. Der Unglückliche hatte sich in die Schläfe und in die Brust geschossen. Ch. war noch fähig, über seine unselige Tat Angaben zu machen. Seine Frau und das Kind will er bereits vor zwei Tagen mit Chloroform vergiftet haben. Die Leichen waren auch bereits erstarrt, als sie aufgefunden wurden. Grenzenlose Verzweiflung hat den jungen Mann, der keinen Ausweg mehr für sich und seine Familie wußte, zu dem entsetzlichen Entschluß getrieben. Er wurde nach der Charitee gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Mordversuch eines Kindes. Die am 7. Januar 1892 in Hohenwutzen geborene Emilie Bienert hatte sich wegen eines Mordanschlages, begangen gegen die Hilfsschwester des Oberlin-Hauses Klara Noack, vor der Potsdamer Ferienstrafkammer zu verantworten. Der Gerichtshof erkannte gegen das früh verdorbene Kind auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. — Man sollte das kaum strafmündige Mädchen in einer Fürsorgeanstalt unterbringen.

Ein Soldatenschinder. Vor dem Oberkriegsgericht des XV. Armeekorps hatte sich der Unteroffizier Elsner von dem 10. Fußartillerieregiment wegen Mißhandlung Untergebener zu verantworten. Das Kriegsgericht hatte ihn seiner Zeit zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Das Oberkriegsgericht erkannte bei der Revision auf ein Jahr Gefängnis und Degradation.

Ein klassischer Zeuge. In Eisenach wurde der Polizeiwachtmeister Poser vom Dienste suspendiert, weil ihm Anstiftung zu betrügerischen Manipulationen zur Last gelegt wird. Poser trat erst kürzlich bei einem Streikprozeß gegen den Maurer Sch. als Zeuge auf. Er wollte damals Aeußerungen vom Angeklagten gehört haben, von denen selbst der Kläger nichts wußte. Auf Grund der Aussage Posers wurde Sch. dann zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sch. bleibt ein Ehrenmann, ob aber Poser nach der Untersuchung über den Fall, wegen dessen er entlassen wurde, wohl ebenso rein dasteht, bleibt noch abzuwarten.

Trier. Ungetreuer Kassierer. Der seit vierzehn Jahren auf dem Gaswerk in Kreuznach angestellte Kassierer Klose ist nach Unterschlagung größerer Summen flüchtig geworden.

Der „mißlungene Wahrheitsbeweis". Unter der Ueberschrift „Mißstände im städtischen Krankenhaus" hatte die Frankfurter „Volksstimme" im Februar eine Mitteilung aus Höchst a. Main gebracht, wonach sich ein ins dortige Krankenhaus aufgenommener Arbeiter namens Billig beschwert habe, daß ihm zum Abtrocknen in der Badezelle ein schmutziges Handtuch gereicht worden sei. Auf die Beschwerde sollte ihm der Oberarzt Dr. Schwerin erklärt haben: „Da hätte die Krankenhausverwaltung viel zu tun, wenn sie jedem Kranken ein frisches Handtuch geben sollte." Die Folge dieser Veröffentlichung war eine Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme", Zielowski, wegen Beleidigung. Der als Zeuge vernommene Arbeiter Billig behauptet zwar, der Oberarzt habe die fragliche Aeußerung getan, aber Dr. Schwerin bestreitet das und der bei dem Vorfall anwesende Assistenzarzt hat auch nichts derartiges gehört. Dagegen wurde aber durch die eidlichen Bekundungen des Krankenhauswärters Erstfeld, wie auch des Chefarztes Dr. Schwerin festgestellt, daß es im Höchster Krankenhaus nicht üblich ist, daß jeder Badende ein frisches Badetuch erhält. Wir sind der Meinung daß es allen hygienischen Forderungen Hohn spricht, wenn in einem Krankenhaus nicht jeder Badende ein frisches, ungebrauchtes Tuch zum Abtrocknen erhält. Diese Empfindung hatte zweifellos auch das Richterkollegium, denn ein beisitzender Richter stellte ausdrücklich eine dahingehende Frage an den Herrn Dr. Schwerin. Und als dieser das mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen suchte, daß es anderswo (angeblich im Friedrichsdorfer Krankenhaus) ebenso sei, da machte derselbe Richter die weitere Bemerkung: „Wenn dem so ist, dann ist es doch auch sehr leicht möglich, daß Sie in der ersten Erregung dem Arbeiter Billig die Antwort gegeben haben: Da hätte die Krankenhausverwaltung viel zu tun, wenn sie jedem Kranken ein frisches Handtuch geben wollte. Denn tatsächlich erhält ja auch nicht jeder ein solches." Herr Dr. Schwerin wurde auf diesen Einwand hin sehr verlegen, faßte sich aber dann, und erklärte, vom hygienischen Standpunkte aus sei das unbedenklich (!!), denn es badeten in diesem Raume keine Infektionskranke. Selbst wenn dem so ist, bleibt es unseres Erachtens doch eine kaum zu verstehende Gepflogenheit, daß den ganzen Tag über nur ein Badetuch zur Verfügung steht. Und wir sind sicher, daß uns viele Aerzte darin beipflichten. Jedenfalls dürfte diese Erklärung des Herrn Dr. Schwerin in ärztlichen Kreisen großes Kopfschütteln erregen. Kopfschütteln muß es auch erregen, daß Zielowski trotz des Ergebnisses der Beweisaufnahme zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Das ist wieder einer von den vielen Fällen, wo jedermann sagen muß: der Redakteur ist zu Unrecht bestraft worden.

Ein Kapitel zum Weinen nennt die „Schwäbische Tagwacht" die Ausbeutung der Kinderwelt durch hausindustrielle Arbeit. Im Bericht der Assistentinnen der württembergischen Gewerbeinspektion für das verflossene Jahr heißt es: „Die Berichterstatterinnen trafen sehr oft fünf- und sechsjährige Kinder beim Endschuhmachen an, die mit den kleinen Fingerchen kaum im stande waren, den eisernen Haken zu halten, mit dem die Enden der Stiefeln durchgezogen werden müssen. Es gibt Ortschaften, wo die Mehrzahl der Kinder nicht vor 11 oder 12 Uhr nachts zu Bett kommt, und von einer solchen Gemeinde sagte der Ortsvorsteher, daß die Kinder dazu morgens noch nüchtern zur Schule müßten und erst etwas Warmes bekämen, wenn die Eltern zur Vesperzeit von der Arbeit nach Hause kämen; dazu kommt noch, daß in Gegenden, wo Molkereien sind, die Milch in die Molkerei verkauft und den Kindern nur Magermilch gegeben wird. Da kann es wohl nicht auffallen, wenn man beim Betreten eines Schullokals auf dem Lande so viel im Wachstum zurückgebliebene blutarme Kinder zu sehen bekommt. — Doch aus dem Angeführten darf nicht geschlossen werden, daß nur arme Eltern ihre Kinder zu Hausarbeiten anhalten, es gibt leider auch wohlhabende Bauernfamilien, die so kurzsichtig sind, ihre Kinder solche Arbeiten machen zu lassen (und in der Regel arbeiten die Kinder solcher Familien am meisten) und bei der Revision mit Stolz erzählten, wieviel Geld der Bub oder das Mädchen schon zusammengebracht und wieviel Kleider und Schuhzeug durch das Stillsitzen erspart worden seien!" — Ein bekanntes Wort sagt: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Ebenso richtig ist, daß die Zukunft so sein wird, wie man die Jugend behandelt. Aus einer schon in frühesten Lebensjahren durch einförmige gewerbliche Arbeit und schlechte Ernährung malträtierten Kinderwelt kann nimmermehr ein kräftiges Geschlecht von Erwachsenen erblühen. Das ist nur möglich durch energischen und zweckmäßigen Jugendschutz und durch die materielle und geistige Hebung der breiten Volksmassen überhaupt. Die bürgerlichen Parteien brüsten sich mit ihrer „Volksfreundlichkeit". Wären sie aber wirklich volksfreundlich, so könnten heute keine so schrecklichen Verhältnisse mehr bestehen, wie sie nicht nur in Württemberg, sondern in allen deutschen Staaten anzutreffen sind; unsere Partei hat vom Anfang ihres Bestehens an, also seit einem Menschenalter, energisch für eine Schutzgesetzgebung großen Stils agitiert, aber schneckenhaft langsam haben sich Regierungen und bürgerliche Parteien dazu bequemt, und alles, was sie taten, waren nur schüchterne Anfänge. Und ohne energischen Druck von unten bequemt man sich nicht zu wirklichen Reformen. Darum liegt es im Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung, fortgesetzt durch die Wahl von immer mehr Sozialdemokraten in die öffentlichen Körperschaften die herrschenden Klassen zur Beseitigung der Uebelstände zu zwingen.

Wahres Geschichtchen. Ein bayerischer Regierungsbeamter ließ, wie die „Frankf. Ztg." erzählt, an seinen Vorgesetzten einen dringenden Bericht mit der Aufschrift „Eilt" abgehen. Am nächsten Tag wurde er vor den Gestrengen befohlen: „Wie kommen Sie dazu, mich, Ihren Vorgesetzten, mit dieser formlosen Interjektion „Eilt" anzureden?" — „Das Schriftstück war aber doch eilig; wie hätte ich mich sonst ausdrücken sollen?" — Pause. — „Als Untergebener hätten Sie höchstens zu schreiben gehabt: „Dürfte eilen!"" — Erwähnenswert ist auch, daß in Bayern noch bis vor kurzer Zeit Eingaben an den Landesvater vorschriftsgemäß mit der Formel „In Ehrfurcht ersterbend" zu schließen waren.

Ein russischer Priester lebendig begraben. Ein russischer Priester wurde in Svino Kriviza in der Krim von Landleuten lebendig begraben. Der lange Zeit andauernde Mangel an Regen, der ihre Ernten verdorben hatte, wurde von ihnen dem Tode eines alten Mannes zugeschrieben, der während seiner Lebenszeit im Rufe eines „Opyr" oder Zauberers stand. In Gemäßheit eines alten Aberglaubens hielten sie es für nötig, daß seine Ueberreste um Mitternacht ausgegraben werden müßten, um seiner Seele Frieden zu verschaffen. Demgemäß zogen sie eines Sonntags Nacht in Prozession nach dem Kirchhofe. Knaben und Mädchen, welche Fackeln trugen, schritten voran und Geiger und Flötisten spielten melancholische Melodien. Plötzlich erschien der Priester Constantin in ihrer Mitte. Er wurde freundlich begrüßt, da sie glaubten, er wäre gekommen, um geweihtes Wasser auf den Leichnam zu gießen. Groß war aber ihre Enttäuschung, als der Priester ihnen ihr barbarisches Betragen vorhielt. Wütend darüber ergriffen sie ihn, warfen ihn in das geöffnete Grab samt den Ueberresten des alten Zauberers und bedeckten es mit Erde und Steinen.

Das Ende einer Polarexpedition. Einer Meldung aus Honningswaag (Finnmarken) zufolge ist das Entsatzschiff „Terra Nova" mit den Teilnehmern der Ziegler-Expedition nach dem Nordpol in Honningswaag angekommen. Das Expeditionsschiff „Amerika" ist, im Eise zertrümmert, gesunken. Die Teilnehmer der Zieglerschen Nordpolfahrt blieben jedoch alle wohlbehalten; nur ein Norweger, namens Mähre, ist gestorben. Wie weit die Expedition nach Norden gekommen ist, weiß man nicht. Die Expedition machte im Jahre 1904 den Versuch, den Nordpol zu erreichen, doch war keine Rekordleistung geplant. Das wissenschaftliche Ergebnis ist sehr befriedigend. Der Leiter der Expedition, Fiala, erklärte, daß die von den früheren Expeditionen niedergelegten Depots große Hülfe geleistet hätten.

Revolverszenen in einem chinesischen Theater. In dem chinesischen Theater von Newyork kam es zwischen zwei Gesellschaften zu einem Streit, in dessen Verlauf zu Revolvern gegriffen wurde. Drei Chinesen wurden getötet und zwanzig verletzt. Ueber dreißig Verhaftungen wurden vorgenommen. In dem Chinesenviertel herrscht große Aufregung.

Ein amerikanischer „Statistiker" hat ausgerechnet, daß das Präsidententöchterlein, Fräulein Alice Roosevelt, in den letzten 1½ Jahren 403 Diners, 350 große Bälle, 300 dramatische Soireen und 680 Fünfuhr-Tees mitgemacht, 1700 Besuche abgestattet und 30 000 Menschen die Hand geschüttelt hat. — Das macht ihr auf der ganzen Erde höchstens ein einziger Mann nach!

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 11. August 1905.

Butter.

I. Qualität	Mk.	118—125
II. Qualität	„	108—115
Ferner:		
Russische und ähnliche	„	102—110
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	„	89—92
Schlesw. und holst. Bauernbutter	„	—
Galizische und ähnliche	„	—
Finnische Waare	„	—
Amerikanische	„	—

Eternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 11. August

Der Schweinehandel verlief schleppend.

Zugeführt wurden 1931 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengro wein — Mk., Versandtschweine, schwere 67—68 Mk., leichte 67—67½ Mark. Sauen 60—64 Mk. und Ferkel 62—65 Mk. pro 100 Pfund.

Von den im Verlage des „Vorwärts" unter dem zusammenfassenden Titel „**Kulturbilder**" herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preußischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstören, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtskommen seiner „Untertanen" geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpflücken und zu zerzausen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die aktenmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Weihrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; jede Woche erscheint ein Heft.

Jeder Band der „Kulturbilder" ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Achtung Zimmerer!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag den 13. August
vormittags 11 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig

Der Vorstand.

Einladung zum

Sommerfest

des

Athleten-Klub „Atlas"

am Sonntag den 13. August
im Gesellschaftshaus „Adlershorst", Ratzeburger Allee.

Verbunden mit
Gartenkonzert, Preisschießen, Würfeltisch und Damenvergnügen.
Abends großer Ball und Aufführungen.
U. a.: **Ein Viertelstündchen im Klublokal.** Humoristische Szene.
Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei.
Damenkarte 20 Pfg., wofür Garderobe.

Der Vorstand.

Gesangverein der Zimmerleute

Sommerfest

bestehend in **Konzert u. Ball** verb. mit **Tombola**
am Sonntag den 20. August 1905
im Lokale des Herrn Dassler, „Kolosseum".

Anfang nachmittags 5 Uhr. Ende 2 Uhr morgens.
Entree 60 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Verband der Steinsetzer.

und verwandten Berufsgenossen.
(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum Ball

am Sonntag den 13. August
im „Vereinshaus", Johannisstraße No. 50—52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks

Mitglieder-Versammlung

am Montag den 14. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
NB. In dieser Versammlung muß mit den Gewerkschaftskarten abgerechnet werden

Der Vorstand.

Brauerei Fackenburg.

Sonntag den 13. August 1905:

Grosses Konzert.

Heydensche Kapelle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg. Programm gratis.

Klub Fidelitas.

2. Sommer-Fest

verbunden mit
Preisschiessen u. Tombola
am Sonntag den 13. August 1905
im Lokale des Herrn Fürböter, ‚Wakenitz-Bellevue'

Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Balles 8 Uhr.

Der Vorstand.

Kolosseum

Morgen Sonntag:

Große freie Tanzmusik

in beiden Sälen.
Abwechselnd Streich- und Militärmusik.
Anf. 4 Uhr. Eintr. à Person 10 Pf.

W. Dassler.

Einsegel

Jeden Sonntag:

Tanz-Musik.

F. Jenkel.

Waisen-Hof.

Morgen Sonntag:

— Tanz. —

„Zur Waldwiese"

Arnimstraße 53.

Gartenwirtschaft. Geschlossene Veranda.
Angenehmer Aufenthaltsort für Familien und Gesellschaften.

Hans Möller.

Gesangverein „Eintracht"

Vogelschiessen

am Sonntag den 20. August 1905
im Gesellschaftshaus „Adlershorst"
bestehend in
Konzert, Ball, Damen- und Kinder-Vergnügen.

Beginn des Schießens vorm. von 11—1 Uhr, nachm. von 4—7½ Uhr.
Konzert von 5—7 Uhr. Ballanfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr
Beginn des Damen- und Kinder-Vergnügens 5 Uhr.

Der Vorstand.

Einführung gestattet. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Verband d. Schneider u. Schneiderinnen Lübecks.

Einladung zum

BALL zu Ehren der Delegierten

am Sonntag den 27. August 1905
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50–52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Konzerthaus Flora.

Anfang 4 Uhr. Jeden Sonntag: Tanzkränzchen. Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Kaffeehaus Moisling.

Jeden Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

A. Schreiber.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen

Gustav Glöde.

Louisenlust.

Morgen Sonntag:

Große Tanz-Musik

W. Gloe.

Central-Hallen.

Dankwartsgrube 20—22.

Jeden Sonntag:

Großer Tanz

in beiden Sälen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Quartettverein Amicitia.

Sommer-Fest

verbunden mit Tombola, Preisschießen, Damen- und Kindervergnügen
am Sonntag den 20. August 1905
im Lokale des Herrn Fürböter, ‚Wakenitz-Bellevue'.

Preisschießen vorm. von 11—1 Uhr.
Anfang nachmittag 4 Uhr
Ballanfang 7 Uhr Ende 2 Uhr
Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Lübecker Hafenfähre.

Regelmäßige Fahrten nach
Schwartau. Abfahrt Drehbrücke
Preis 10 Pfg.
Sonntags in kurzen Zwischenpausen

Tiergarten

Arnimstraße 51
Angenehmer Familienaufenthalt.

Gute Speisen und Getränke zu zivilen Preisen.
Großer Tierbestand. Fütterung 6 Uhr
Eintritt frei.
Kinder ohne Begleitung Erwachsener haben keinen Zutritt.
W. Grammerstorf.

NB. Dreifuss, das Wunderkalb

Stadt-Halle.

Sonntag: Aufgehobenes Abonnement.
Montag: Abonnements-Vorstellung 79
Gastspiel Fr. Waldheim und Herr Meffert.

Der Bettelstudent.

Operette in 3 Akten von Millöcker
Sonntag: Anfang 7 Uhr. Montag: 7½ Uhr
Dienstag: Abonnem.-Vorstellung 80.
Benefiz für Hellmuth Pfund.
Einmalige Aufführung von

Rosenmontag.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.